



## Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

### **89. KR-Sitzung, Montag, 27. Januar 2025, 14:30 Uhr**

Vorsitz: *Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*

#### **Verhandlungsgegenstände**

- 1. Mitteilungen ..... 3**
- 2. Abrechnung Objektkredit für den Neubau einer separaten Busspur entlang der 340 Rapperswiler-/Zürichstrasse von Unterwetzikon bis Bossikon (Hinwil)..... 3**  
 Antrag des Regierungsrates vom 24. Januar 2024 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 19. November 2024  
 Vorlage 5092c (*schriftliches Verfahren*)
- 3. Abrechnung Objektkredit für den Umbau des Bildungszentrums Uster und den Neubau der Kantonsschule Uster ..... 3**  
 Antrag des Regierungsrates vom 28. Februar 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 19. November 2024  
 Vorlage 5007c (*schriftliches Verfahren*)
- 4. Abrechnung Objektkredites für den Neubau eines Kreisels und die Redimensionierung der 634 Feldstrasse in Urdorf ..... 4**  
 Antrag des Regierungsrates vom 10. April 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 26. November 2024  
 Vorlage 5287c (*schriftliches Verfahren*)
- 5. Planungs- und Baugesetz, Parkierung ..... 4**  
 Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024  
 KR-Nrn. 341b/2019 und 171b/2020
- 6. Energiegesetz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. 5**  
 Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024  
 Vorlage 5921b

- 7. Planungs- und Baugesetz, Fassaden sowie Glas- und Fensterflächen ..... 40**  
 Antrag der Redaktionskommission vom 12. November 2024  
 KR-Nr. 229b/2020
- 8. AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO / AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten ..... 42**  
 Antrag des Regierungsrates vom 4. Oktober 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 4. Juni 2024  
 KR-Nrn 331a/2022 und 332a/2022
- 9. Objektkredit für die Radweglückenschliessung entlang der 339 Oetwiler-/ Hombrechtikerstrasse zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Oetwil a. S..... 46**  
 Antrag des Regierungsrates vom 15. März 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 2. Juli 2024  
 Vorlage 5894 (*Ausgabenbremse*)
- 10. Objektkredit für die Radweglückenschliessung entlang der 726 Grüninger-/Hombrechtikerstrasse zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Grüningen..... 53**  
 Antrag des Regierungsrates vom 28. Februar 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 2. Juli 2024  
 Vorlage 5945a (*Ausgabenbremse*)
- 11. Zusatzkredit für die Radweglückenschliessung und die Hangsicherung an der 7 Weiacherstrasse zwischen der Solistrasse in der Stadt Bülach und der Chrondel in der Gemeinde Rorbas.. 56**  
 Antrag des Regierungsrates vom 5. Juli 2023 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 9. Juli 2024  
 Vorlage 5922a (*Ausgabenbremse*)
- 12. Verschiedenes ..... 64**  
 Verabschiedung von Stefan Hotz, Redaktor NZZ  
 Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse  
 Rückzug

## 1. Mitteilungen

### Geschäftsordnung

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Ich begrüsse Sie zur 89. Sitzung. Die Sitzung ist eröffnet. Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Eigentlich wollte ich mit einer Verabschiedung beginnen. Aber das wäre für Stefan Hotz unwürdig, da nicht einmal die Hälfte der Kantonsräte im Saal ist. Ich mache zuerst ein, zwei Geschäfte und komme danach zur Verabschiedung.

### 2. Abrechnung Objektkredit für den Neubau einer separaten Busspur entlang der 340 Rapperswiler-/Zürichstrasse von Unterwetzikon bis Bossikon (Hinwil)

Antrag des Regierungsrates vom 24. Januar 2024 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 19. November 2024

Vorlage 5092c (*schriftliches Verfahren*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) beantragt Ihnen, die Abrechnung des Objektkredites zu genehmigen. Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag der KEVU zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

### 3. Abrechnung Objektkredit für den Umbau des Bildungszentrums Uster und den Neubau der Kantonsschule Uster

Antrag des Regierungsrates vom 28. Februar 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 19. November 2024

Vorlage 5007c (*schriftliches Verfahren*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die KPB (*Kommission für Planung und Bau*) beantragt Ihnen, die Abrech-

nung des Objektkredites zu genehmigen. Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag der KPB zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

#### **4. Abrechnung Objektkredites für den Neubau eines Kreisels und die Redimensionierung der 634 Feldstrasse in Urdorf**

Antrag des Regierungsrates vom 10. April 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 26. November 2024

Vorlage 5287c (*schriftliches Verfahren*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die vorbereitende Kommission beantragt Ihnen, die Abrechnung des Objektkredites zu genehmigen. Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

#### **5. Planungs- und Baugesetz, Parkierung**

Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024

KR-Nrn. 341b/2019 und 171b/2020

*Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission:* Wir haben diese Vorlage ganz genau geprüft und lediglich einen Schreibfehler korrigiert. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

*Detailberatung*

*Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I. Das Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 wird wie folgt geändert:*

§§ 242, 243, 244, 247

Keine Bemerkungen; genehmigt.

## *II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 154 : 5 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Vorlagen KR-Nrn. 341/2019 und 171b/2020 zuzustimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **6. Energiegesetz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel**

Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024

Vorlage 5921b

*Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission:* Auch diese Vorlage hat die Redaktionskommission eingängig geprüft. Die Änderungen werde ich nun etwas detaillierter ausführen, da sie dieser Ausführungen bedürfen.

In Paragraph 8g Absatz 7 haben wir das Wort «langfristig» gestrichen. Dieses Wort ist missverständlich, da es im Kanton nur eine Klimastrategie gibt und nicht zwei. In der Redaktionskommission waren jeweils sowohl das Kommissionspräsidium der vorberatenden Kommission wie auch die Verwaltung mit anwesend. Wir haben diese Änderung mit allen Beteiligten diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass diese Änderung dem Kommissionswillen entspricht und die nötige Klärung herbeiführt. Entsprechend liegt keine materielle Änderung vor, und wir konnten diese Änderung redaktionell vornehmen.

In Paragraph 81b haben wir zur besseren Verständlichkeit und Leserlichkeit die Ziffern 1 und 2 aufgehoben und diese in einen Fliesstext gegossen. Diese Änderung sieht nach viel aus, ist jedoch einfach eine andere Darstellung und dient der Lesefreundlichkeit sowie der besseren Gliederung. Dies ist ebenfalls eine redaktionelle Änderung und kann entsprechend durch die Redaktionskommission vorgenommen werden.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wenn es Ihnen aufgefallen ist, dann haben Sie gemerkt, dass in vielen Redaktionsvorlagen römisch IV durch die Redaktionskommission gestrichen wurde, römisch IV, «Mitteilung an den

Regierungsrat». Diese Änderung ist darin begründet, dass entschieden wurde, dieses Dispositiv in Zukunft wegzulassen. Die Redaktionskommission ist jedoch immer wieder darüber gestolpert, da dies offensichtlich noch nicht überall angekommen ist. Entsprechend haben wir bei allen Vorlagen, wo diese Änderung noch nicht vorgenommen wurde, diese redaktionell nachgeholt. Ich danke für die Kenntnisnahme.

*Ueli Bamert (SVP, Zürich):* Ich muss vorausschicken, dass ich ein bisschen enttäuscht bin, dass sich dieser quickfidele Verein, der sich draussen (*zu einer Demonstration*) zusammengefunden hat, jetzt nicht auf der Tribüne eingefunden hat. Die sind offenbar alle schon nach Hause gegangen. (*Zwischenrufe*) Ein Teil davon ist hier. Ich begrüsse Sie herzlich.

Wir haben die inhaltlichen Eckpunkte dieses Gesetzes schon in der ersten Lesung sehr ausführlich besprochen. Dennoch erlaube ich mir, mich hier nochmals an den versammelten Rat zu wenden und auszuführen, weshalb wir heute die nötige Anzahl Unterschriften einreichen werden, um hier das Referendum zu ergreifen.

Das Schweizervolk hat im Sommer 2023 ein Klimaziel ins Gesetz geschrieben, Klimaziel Netto-Null 2050. Die SVP akzeptiert dies. Wir haben dagegen angekämpft, da wir der Meinung sind, dass dies nicht erreichbar ist. Wir sind nach wie vor dieser Meinung, Netto-Null 2050 ist eine Herkulesaufgabe, die unser Land kaum schaffen wird. 2050 ist noch lange hin; das sind 25 Jahre. Da kann jetzt jeder sagen, «ja nu», «schauen wir mal», und wenn es dann nicht klappt, kann man sich immer noch irgendwann umentscheiden und vielleicht neue Entscheide treffen.

Was Sie aber hier in diesem Gesetz gemacht haben, ist, Sie haben dieses ohnehin schon äusserst ambitionierte Klimaziel 2050 – ich erinnere daran, letztes Jahr wurde weltweit so viel fossile Energie verbraucht wie noch nie –, dieses äusserst ambitionierte Klimaziel haben Sie noch einmal nach unten korrigiert gegen den Willen ihres eigenen Regierungsrates von 2050 auf 2040. 2040, das sind keine 15 Jahre mehr. Ich habe mal 15 Jahre zurückgeschaut, Januar 2010. Ich weiss noch ziemlich gut, was ich damals gemacht habe. Gut ein Dutzend unserer Ratskollegen waren damals schon im Rat. 15 Jahre sind also eine nicht allzu lange Zeit. Bis in 15 Jahren dürfen nun also alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zürich kein benzin- oder dieselbetriebenes Auto mehr fahren; es darf keine einzige Öl- oder Gasheizung mehr irgendwo in einem Gebäude sein, auch nicht in irgendeinem denkmalgeschützten Gebäude; es dürfen auch keine Flüge mehr stattfinden. Also, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit diesem Klimaziel Netto-Null 2040, dann darf niemand mehr ab Zürich Kloten in die Ferien fliegen, es gibt auch keine Transportflüge mehr, kein Rega-Helikopter (*Rettungsflugwacht*)

darf mehr starten, denn Sie wissen alle genau so gut wie ich, dass bis in 15 Jahren keine erneuerbaren Treibstoffe zur Verfügung stehen werden für Flugzeuge und Hubschrauber. Auch die Industrie, die müsste bis in 15 Jahren komplett defossilisiert sein; sie müsste komplett auf erneuerbare Energien umgestellt haben. Auch das ein Ding der Unmöglichkeit. Was das bedeutet, sehen wir in Deutschland. Da geht eine Deindustrialisierung vonstatten. Eine solche würde dann auch den Kanton Zürich treffen.

Nun, Sie haben dieses Ziel beschlossen. Wir sind der Meinung, dass es unmöglich zu erreichen ist, es sei denn, Sie wollen hier wirklich eine absolut rigide Verbotspolitik einführen. Aber auch das könnten Sie gar nicht, denn bei vielem, was CO<sub>2</sub> ausstösst, liegt es ja gar nicht in der Macht des Kantons, etwas dagegen zu tun. Sie können den Flugverkehr nicht verbieten, Sie können die Autos nicht verbieten. Sie streuen also der Bevölkerung massiv Sand in die Augen, wenn Sie hier behaupten, wir würden ein solches Ziel erreichen können. Entweder streben Sie wirklich nordkoreanische Verhältnisse an, wo einfach alles verboten wird, was CO<sub>2</sub> ausstösst, oder Sie sagen einfach mal, «ja, ja, wir erreichen das dann schon», obwohl Sie genau wissen, dass es nicht erreichbar ist.

Wir haben die Unterschriften bereits gesammelt und werden sie nach der Schlussabstimmung zum Bock (*Ratspräsidium*) bringen. Wir freuen uns wirklich darauf, Ihnen und der Bevölkerung in der Volksabstimmung, in der Kampagne zu dieser Volksabstimmung, klar zu machen, wie entgleist Ihre Klimapolitik mittlerweile geworden ist. Vielen Dank.

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Die FDP ist überzeugt, dass der Klimaschutz ein wichtiges Anliegen ist. Es liegt in unserer Verantwortung, den kommenden Generationen intakte Lebensgrundlagen zu sichern. Klimaschutz muss jedoch ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Mit Innovation und guten Rahmenbedingungen können wir mehr erreichen als mit starrer Verbotspolitik. Dieses Gesetz verankert den Klimaschutz im Zürcher Energiegesetz. Doch trotz einzelner positiver Ansätze, wie der Sicherung der Gemeindeautonomie und weiteren liberalen Umsetzungselementen, sieht die FDP-Fraktion erhebliche Probleme.

Vor gut einem Jahr hat das Volk dem Klima- und Innovationsgesetz mit Netto-Null 2050 zugestimmt. Das Ziel 2040, welches Sie hier heute verankern möchten, widerspricht dieser klaren Entscheidung. Das neue Zwischenziel mit 2030 und die daraus resultierenden Massnahmenplanungen engen den Handlungsspielraum ein und führen zu unverhältnismässig hohen Kosten. Das Klimamonitoring, welches wir heute beschliessen werden, verbunden mit dem sogenannten Schraubstock in Artikel 8 Absatz 2, wird den Regierungsrat zu Verschärfungen zwingen, sollte es absehbar sein, dass das

Zwischenziel 2030 nicht erreicht wird. Und das wird ziemlich schnell der Fall sein, vermutlich.

Die FDP setzt sich für den Klimaschutz ein. Wir orientieren uns dabei jedoch am nationalen Fahrplan mit Netto-Null 2050, welchen wir sehr stark begrüßen. Wir halten uns an den demokratisch beschlossenen Weg, der auf Innovation, Wirtschaftskraft und technologischen Fortschritt setzt. Um das Ziel Netto-Null 2050 umzusetzen, sind geschätzte Investitionen von 20 Milliarden Franken nötig im Kanton Zürich. In den nächsten 25 Jahren müssen private Unternehmen und der Staat dieses Geld aufbringen. Wenn wir nun 2040 festlegen, wird sich diese Belastung einfach enorm verdichten auf den Schultern der Privaten zuerst, dann der Unternehmen und als drittes des Staates. Nach der ersten Lesung hatte die FDP das Gespräch mit der Klimaallianz zu diesem Gesetz gesucht, um einen Kompromiss zu finden. Leider zeigte sich keine Bereitschaft zur Anpassung des Ziels 2040, 2050 oder der Zwischenziele oder des Schraubstocks. Wir wären kompromissbereit gewesen und bedauern die Absage sehr.

Insgesamt überwiegen die negativen Aspekte des Gesetzes. Die FDP wird es in der Schlussabstimmung ablehnen. Wir haben es gehört, die SVP wird das Kantonsratsreferendum ergreifen, und unsere Delegiertenversammlung wird zum gegebenen Zeitpunkt über die Parole, über den Vorschlag zur Nein-Parole beschliessen.

*Markus Bärtschiger (SP, Schlieren):* Einmal mehr: Der Klimawandel ist die entscheidende Krise unserer Zeit. Er schreitet noch schneller voran, als wir befürchtet haben. Doch angesichts dieser globalen Bedrohung sind wir keineswegs mutlos. Kein Winkel der Erde ist immun gegen die verheerenden Folgen des Klimawandels. Steigende Temperaturen begünstigen Umweltzerstörungen, Naturkatastrophen, Wetterextreme, Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, wirtschaftliche Verwerfungen, Konflikte und – last but not least – Terrorismus. Der Meeresspiegel steigt, die Arktis schmilzt, die Korallenriffe sterben, die Meere versauern und Wälder brennen. Es ist klar, dass Business as usual nicht ausreicht. Da die unendlichen Kosten des Klimawandels unumkehrbare Höhen erreichen, ist es jetzt an der Zeit, mutig gemeinsam zu handeln. Das soeben gesagte ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern schlicht eine Übersetzung des Anfangs des Berichts «The climate crises – a race we can win» von der definitiv nicht linken UNO. *(Heiterkeit)* Zur SVP-Angstmacherei sage ich nichts mehr. Aber, liebe FDP, Sie sagen heute knapp Ja, wenn überhaupt – das war mir nicht ganz klar, aber ich nehme an, Sie sagen knapp Ja. *(Zwischenrufe)* Nein, lassen Sie mich ausreden. Sie sagen knapp Ja zum theoretischen Klimaschutz, aber definitiv Nein zu den Kosten. Leider ist dies nicht ganz neu; es hat sich bereits in der ersten



Lesung abgezeichnet. Damit verabschieden Sie sich aus der Klimapolitik. Da sage ich nur, «tschüss liebe FDP». Sie sehen die Klimaneutralität als Kostenfrage. Aus wissenschaftlicher Sicht ist das Netto-Null-Ziel allerdings alternativlos, denn alles andere kommt die Welt auf lange Sicht deutlich teurer zu stehen. Es ist also keine Kostenfrage, liebe FDP.

Im Rahmen ihrer Kompetenzen haben die Kantone und Gemeinden wichtige, sehr wichtige Aufgaben zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Gerade die Mobilität nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, beispielsweise in der Beschaffung haben wir mit unserer Fahrzeugflotte die langfristige Klimaneutralität zu erreichen. Sie hat Vorbildfunktion. Eine zentrale Rolle, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist die überregionale Energieplanung. Es ist somit umso unverständlicher, dass die Politik der FDP und SVP immer noch eine Mauerbaupolitik ist. Wohin Mauern führen ... Sie wissen es. Beherzigen Sie den Lieblingsspruch eines durchwegs bekannten SVP-Politikers, der lautet: Wenn der Wind weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen bauen Windmühlen, um diesen zu nutzen.

Wir wollen heute mutig sein, unsere innovative Wirtschaft fördern und fordern, unsere Lebensgrundlagen langfristig erhalten. Wir wollen unsere internationalen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, einhalten. Wir wollen ohne Zögern heute Ja sagen zu den Verpflichtungen unserer Generation mit oder ohne FDP, mit oder ohne SVP. Wir werden Ja sagen zum erarbeiteten, konstruktiven Energiegesetz. Wir scheuen keine Diskussion in der Öffentlichkeit. Wir scheuen uns nicht, unpopuläre schwere Aufgaben anzunehmen, liebe SVP. Tun Sie dies der SP-Fraktion gleich, sagen Sie Ja zum vorliegenden, nicht – ich betone – nicht extremen Gesetz.

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon):* 2024 war das heisseste Jahr seit Beginn der Messung, und ich wage die Voraussage, dass dieser Rekord nicht allzu lange bestehen bleibt.

Ja, wir haben ein Problem, ein Problem, das zunehmend wirtschaftliche Schäden verursacht, das die Biodiversität zunehmend schädigt und das auch zunehmend Todesopfer fordert. Und ja, wir wollen das Problem ehrgeizig angehen; wir schreiben deshalb in das Gesetz, dass wir das Ziel bis 2040 erreichen wollen. Und noch einmal, ja, wir wissen, dass das ehrgeizig ist, wir wissen, dass wir es möglicherweise nicht erreichen. Deshalb schreiben wir 2050 als letzten Zeitpunkt in das Gesetz, das Jahr, das Sie auch wollen, liebe Bürgerliche. Das steht ja im Gesetz. Es ist die gleiche Jahreszahl, die Sie auch wollen. Der Unterschied liegt im Ehrgeiz; wir peilen zunächst einmal 2040 an und machen Dampf, damit etwas geht.

Sie, Herr Bamert, Sie haben ganz genau gesagt, wie Sie das Problem angehen wollen: 2050 ist erst in 25 Jahren; das ist eine lange Zeit. Da schauen wir erst

einmal und dann schauen wir 2050, wo wir stehen. Das ist der Unterschied. Wir wollen im Jahr 2050 Netto-Null wirklich erreichen, und Sie wollen dann mal schauen, ob das vielleicht gegangen ist oder vielleicht auch nicht. Dann haben Sie noch etwas verwechselt, Herr Bamert, Sie haben gesagt, es dürfe überhaupt kein CO<sub>2</sub> mehr ausgestossen werden. Das heisst selbstverständlich nicht Netto-Null. Das wissen Sie ganz genau; das ist etwas anders. Es kann einerseits CO<sub>2</sub> ausgestossen werden, andererseits muss es dann aber kompensiert werden. Das ist etwas anders, als dass kein einziges Kilogramm CO<sub>2</sub> mehr ausgestossen werden darf. Also, wir sind sehr viel ehrgeiziger, etwas, das eigentlich sonst immer die sogenannten Wirtschaftsparteien für sich in Anspruch nehmen. Wir setzen das in die Tat um mit diesem Gesetz und sagen deshalb Ja zu 2040, spätestens 2050. Es ist etwa so wie früher, als meine Mutter gesagt hat, du bist um elf Uhr zu Hause oder sicher dann um Mitternacht. Und ich war dann wirklich immer um Mitternacht zu Hause. (*Heiterkeit*)

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Wer heute das Referendum gegen dieses Gesetz einreicht, macht eine No-Future-Politik. Das 1,5-Grad-Ziel von Paris ist nicht mehr zu halten. 2024, wie schon gesagt, war das wärmste Jahr seit der Aufzeichnung. Das zeigt der Copernicus-Klima-Report. Mit der Anpassung des Energiegesetzes und dem Ziel der Treibhausgas-Neutralität bis 2040, spätestens 2050, setzen wir endlich um, was die Bevölkerung schon lange will. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz 2021 wurde von der Zürcher Bevölkerung mit 55 Prozent angenommen. Im Mai 2022 hat die Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit von 67 Prozent dem Klimaschutz in der Verfassung des Kantons Zürich zugestimmt. National wurde im Juni 2023 das Klima- und Innovationsgesetz mit 59 Prozent angenommen, im Kanton Zürich sogar mit 62,5 Prozent. Im Juni 2024 wurde national mit 69 Prozent Ja-Stimmen das Stromgesetz angenommen, welches den Ausbau der erneuerbaren Energie vorantreiben will. Herr Bamert, ich freue mich auf Ihr Referendum. Die Bevölkerung will endlich vorwärtsmachen. Einmal mehr blockieren Sie mit Ihrer Politik den Klimaschutz. Selbst Don Quijote hat erkannt, dass der Kampf gegen Windmühlen zu viel Energie verbraucht. Meine Damen und Herren auf der bürgerlichen Seite: Nichts tun – und genau das ist es, was Sie mit dem Referendum machen wollen –, das ist der teuerste Weg, den wir gehen können. Die SVP fährt diesen Kurs schon lange. Das überrascht niemanden mehr. Dass aber die FDP auch in diese No-Future-Politik einstimmt, muss wohl damit erklärt werden, dass sie auf der Welle des Rechtsrutsches mitreiten will und aufgibt, eine vernünftige Klima- und Energiepolitik zu betreiben.

Die Hitzewelle, die Dürren, Wirbelstürme und Überflutungen nehmen weiter zu. Jedes Mal, wenn wir hier im Rat zu diesem Thema sprechen, gibt es neue Schäden, über die man berichten kann, neues menschliches Leid, das man aufzählen kann. Aktuell sind es die Waldbrände in Los Angeles und in Hollywood. Das letzte Mal, als wir darüber gesprochen haben, waren es die Überflutungen in Spanien, die viele Todesopfer gefordert haben. Im Jahr 2024 belief sich der weltweite Schaden durch Naturkatastrophen auf 320 Milliarden Dollar, was das drittteuerste Jahr seit 1980 war.

Mit den heutigen Anpassungen im Energiegesetz geben wir dem Regierungsrat und den Gemeinden klare Leitlinien für ihr Handeln in Bezug auf eine schnelle Dekarbonisierung. Besonders wichtig ist dabei die Verankerung, dass auch die Gemeinden aktiv Massnahmen ergreifen. Der Kanton setzt zwar Leitlinien, anerkennt jedoch die Souveränität und die Individualität der Gemeinden und gewährt ihnen entsprechenden Handlungsspielraum. Der Kanton Zürich und die Gemeinden sollen bei der Beschaffung die Klimaziele berücksichtigen. Sie sanieren ihre Gebäude energetisch; neue Gebäude sollen für die Realisierung möglichst wenig graue Energie benötigen. Die Fahrzeugflotten sind auf emissionslose Fahrzeuge umzustellen, und sie sollen weitere Massnahmen, weitere wirkungsvolle Massnahmen umsetzen können. Dass die Schweiz als Ganzes das Netto-Null-Ziel erst 2050 erreichen will, soll uns nicht zurückhalten. Der Kanton Zürich als wirtschaftlich stärkster Kanton soll vorausgehen. Da steht er nicht alleine, denn viele andere Länder haben sich ambitionierte Klimaziele gesetzt. Geben Sie diese No-Future-Politik auf und stimmen Sie den Klimaanpassungen in unserem Energiegesetz zu. Besten Dank.

*Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich):* Treibhausgas-Neutralität bis im Jahr 2040 ist ein ehrgeiziges Ziel und wird eine grosse Herausforderung. Herausforderungen sind jedoch dazu da, angenommen und angepackt zu werden. Auch das wollen wir. Wir erwarten, dass weitere Fortschritte in Technologie und Innovationen helfen werden, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Die Umsetzung darf jedoch nicht zu einer Kostenexplosion führen, es muss auch für die Wirtschaft verträglich sein. Die Mitte-Fraktion stimmt dem geänderten Energiegesetz zu.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Nun ist es so weit, wir kommen zur Schlussabstimmung des Energiegesetzes. Es ist kein Zufall, dass wir – anders als üblich – nach der Redaktionslesung nochmals darüber reden. Das zeigt auch die Wichtigkeit dieses Themas.

Ich habe schon früher einmal gesagt, dass es für den Klimaschutz und den Klimawandel den Effort aller braucht. Es ist nicht ein Problem, das sich von

einem auf den anderen Tag per Gesetz oder mit einer Reform erledigen lässt, sondern es geht auch um einen Mindset. Und hierzu braucht es nicht nur politisch alle Kräfte, sondern es braucht alle, so beispielsweise die Zivilgesellschaft, die draussen demonstriert. Es braucht die Bevölkerung, denn dieses Ziel ist auch ein Wandel, der in den Köpfen stattfinden muss. Wenn dieser Wandel nicht stattfindet, dann bin ich davon überzeugt, dass wir, wie von Ihnen prophezeit, unsere Ziele nicht erreichen werden. Da wir eine Demokratie sind und genau dieses Thema in die Köpfe aller muss, bin ich persönlich nicht unglücklich darüber, dass wir hierzu eine Referendumsabstimmung führen werden, denn diese Debatte über Netto-Null 2040 ist auch eine Debatte darüber, wie wir dies erreichen können und was es hierfür braucht. Diese Debatte braucht es, denn rein mit Gesetzen ist es bei diesem Thema nicht getan. Umso wichtiger ist es, dass wir darüber reden – immer und immer wieder.

Wir haben nur eine Welt, wir haben nur ein Klima, öffnen Sie die Augen und unternehmen Sie etwas. Schauen Sie, was die Wissenschaft darüber sagt. Wenn Sie hier dagegen sind, dann stellen Sie sich auch gegen wissenschaftliche Fakten. Da hilft uns auch keine übermässige Technologie-Gläubigkeit, denn dies ist nur eine Entschuldigung, dass Sie nichts weiter tun müssen. Eine Ausrede. Und genau diese Ausreden bringen uns nichts weiter. Wir müssen «lifere, nyt lafere». «Lifere, nyt lafere», mit diesen letzten Worten bleibt mir nochmals zu sagen, dass die Alternative Liste selbstverständlich Netto-Null 2040 unterstützen wird. Es ist das Mindeste, damit wir eine Chance haben, unsere Ziele in einer vernünftigen Zeit zu erreichen.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Ich habe eine Frage, vielleicht an unseren Klima-Fachexperten im Kantonsrat, Benjamin Walder, der sich für die Jugend einsetzt, wenn er ein Kind im Spital sieht. Auch ich habe kleine Kinder und setze mich für die jüngere Generation ein.

Ich habe eine Frage: Was muss ich heute Abend meinen Kindern erklären? Wie sieht Netto-Null 2040 ganz konkret aus? In 15 Jahren sind meine Kinder im besten Alter, zwischen 18 und 27 Jahre alt. Dürfen sie die Welt bereisen? Also, wenn ich die Facebook-Profilen von euch anschau, dann sehe ich beispielsweise den Fraktionspräsidenten der EVP – auch von der Klimaallianz –, der ist fleissig mit seiner Frau auf Reisen und erkundet die Welt. Das finde ich auch schön. Und wenn ich bei Benjamin Walder schau, dann sehe ich, dass du auch mit deiner Freundin auf einer Insel baden warst. (*Heiterkeit*) Und ich frage mich, dürfen meine Kinder auch noch reisen, die Welt entdecken nach der Matura oder nach der Lehre? Oder haben dann alle kein Verbrenner-Auto mehr? Müssen wir es dann liegenlassen und die Heizungen herausreissen? Schildern Sie mir ganz konkret, wie es 2040 für meine Kinder

aussieht. Wir diskutieren das häufig am Abend, denn das Klimathema wird in der Schule ständig besprochen; es wird fast schon Angst damit gemacht. Sie haben vorhin die SVP als Angstmacherpartei betitelt. Nein, die Angst kommt von dieser Klimakatastrophenhype, bei dem Sie alle beschwören, dass die Welt untergeht mit neuen Rekorden, die Sie hier aufstellen möchten. Bleiben Sie mal sachlich, hören Sie auf mit diesem utopischen Netto-Null 2040. Auch Fachexperten der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) sagen ganz klar, dass es nicht möglich ist mit dem Netzausbau gleichzeitig. Ich möchte wissen, was Netto-Null 2040 bedeutet. David John Galeuchet oder Benjamin Walder, einer von euch beiden, was bedeutet das konkret? Schildern Sie mir dies für meine Kinder. Ich werde es ihnen heute Abend im Live-Stream zeigen – das ist ja dann aufgezeichnet. Und dann möchte ich wissen, was das kostet und was der Effekt auf das globale Klima ist. Danke.

*Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon):* Sie können sich die Antworten selber geben, wenn Sie uns Grünen in den letzten 5 Jahren in der Klimapolitik zugehört haben. Herzlichen Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Das Wort hat Thomas Forrer Erlenbach. Vielleicht hat er ja eine Antwort. (*Heiterkeit*)

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Herr Ratspräsident, äussern Sie sich zu Ihren eigenen Geschäften, bitte.

Also ich muss schon sagen, Herr Weidmann, Sie haben offenbar nicht aufgepasst in letzter Zeit, seit Sie im Kantonsrat sind. Wir hatten schon 2020 eine ganze Klimasession. Offenbar haben Sie da geschlafen, und wir müssen Ihnen immer wieder alles von Neuem erklären.

Es wurde jetzt viel über Katastrophen in der ganzen Welt gesprochen, die wegen des Klimawandels ausgelöst worden sind. Aber wir müssen nicht unbedingt über Los Angeles, über Spanien oder über Deutschland, wo die grossen Überschwemmungen letztes Jahr waren, reden. Wir können auch einmal darüber reden, wo im Kanton Zürich sich der Klimawandel eigentlich bemerkbar macht. Herr Weidmann, hören Sie bitte zu, das können Sie Ihren Kindern heute Abend erzählen. Die Zahl der Hitzetage über 30 Grad und die Zahl der Tropennächte über 20 Grad hat beispielsweise in den letzten 20 Jahren sehr stark zugenommen. In Zürich und in Winterthur können mittlerweile Temperaturen entstehen, die bis zu 10 Grad heisser sind als im Umland, zum Beispiel in Neftenbach und so weiter. Solche Hitze-Inseln sind ein extrem grosses Gesundheitsrisiko. Sie erhöhen die Sterblichkeit, senken die Lebensqualität, insbesondere in den Städten, und – das müsste auch die FDP interessieren –, sie beeinträchtigen die Produktivität der Arbeitnehmenden

massiv. Die Zunahme von Extremwetter-Ereignissen, wie Dürren oder lange Regenperioden, haben auch im Kanton Zürich die Landwirtschaft beeinträchtigt; Ernteaufschläge, vertrocknete Wiesen führten zu starken Verlusten und zu Futtermittelknappheit. Hitze und Trockenheit haben die Nährstoffe in den Böden verringert und gefährden die Biodiversität; zu hohe Temperaturen in Flüssen und Bächen haben die Fischbestände regelmässig zerstört, und die Fische mussten neu ausgesetzt werden. Lange Hitze- und Trockenperioden belasten unsere Wälder doppelt, einerseits können sich Schädlinge, wie der Borkenkäfer, auf einem durch Trockenheit gestressten Baum viel besser ausbreiten, andererseits steigt die Waldbrandgefahr. Die Erhaltung eines vielfältigen und resilienten Waldes im Schweizer Mittelland ist nur möglich, wenn die Entwicklung der Klimaerwärmung stabilisiert werden kann. Und da müssen wir unseren Beitrag leisten. Wir können nicht entscheiden, ob das weltweit dann tatsächlich geschieht, aber jede Region auf der Welt muss das Beste tun, sonst kommen wir ganz bestimmt nicht dahin.

Mit der zunehmenden Erwärmung des Klimas – das betrifft vor allem auch die FDP – steigen die Risiken für Kosten und Verluste in der Wirtschaft. In überdurchschnittlich heissen Sommern betragen die wirtschaftlichen Verluste im Kanton Zürich mittlerweile bereits eine halbe Milliarde Franken, vor allem ausgelöst durch Arbeitsausfälle, aber auch durch Ausfälle und Lieferausfälle in der Produktion. Extremwetter-Ereignisse führen im Finanzsektor mittlerweile zu verlustreichen Abschreibungen auf Krediten an Unternehmen und Privathaushalten. Zudem können Investitionen und Finanzanlagen massive Entwertungen erfahren. Die Zunahme übrigens von Hochwasser im Kanton Zürich verursacht heute jährliche Schäden im Durchschnitt von 270 Millionen Franken. Sie tun so, als wäre das alles nichts. Wir sind direkt betroffen, und die Landwirte und Landwirtinnen unter uns, die können wahrscheinlich bestätigen, dass die klimatischen Verhältnisse in den letzten 20 Jahren bei ihnen massive Auswirkungen auf ihren Betrieben hatten und sie deswegen ihre Betriebe umstellen mussten. Darum sollten wir dieses Problem ernst nehmen.

Wir sollten es aber auch ernst nehmen wegen der Wirtschaftlichkeit. Sie meinen vielleicht, wenn wir keinen Klimaschutz machen, würde das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft kurz- und mittelfristig erhalten gegenüber denjenigen, die nichts machen. Das ist aber nicht so. Wenn wir stehenbleiben, bleiben wir auch mit unserer Wirtschaft irgendwann stehen, und die anderen sind uns um Nasenlängen Punkte Innovationen und Investitionen in diesen Bereichen voraus. Also verschlafen wir das nicht und nehmen wir als reicher und wirtschaftsmächtiger Kanton in der Schweiz dieses Ziel ernst und führen wir an hinsichtlich Netto-Null 2040 in der Schweiz.

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon):* Wir beantragen Schliessung der Rednerliste. Das ist eine Redaktionslesung. Wir haben diese Debatte schon einmal geführt, wir müssen Sie nicht unendlich lange noch einmal führen.

### *Ordnungsantrag*

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon)* beantragt

*die Schliessung der Rednerliste.*

### *Abstimmung über den Ordnungsantrag*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag von Andreas Hasler mit 99 : 49 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) ab.** Die Rednerliste bleibt offen.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* Zwei Punkte möchte ich nochmals erwähnen. Ich habe es schon in der Debatte, die wir ausgiebig geführt hatten, gesagt: Als ich vor 10 Jahren in den FC Kantonsrat eingestiegen bin, da hatte ich nur ein Ziel, das Ziel war, einmal den «Kübel» (*gemeint ist die Trophäe des interkantonalen Kantonsrats-Fussballturnieres*) zu gewinnen, einmal Turniersieger zu werden. Ich muss ehrlich zugeben, die ersten Turniere waren dann recht ernüchternd, denn ich habe gesehen, unser Potenzial der Mannschaft ist leicht limitiert, ich inklusive, und die Gegnerschaft ist auch nicht gerade so unterbelichtet, wie ich das erwartet hatte. Aber wir haben am Ziel festgehalten und wir haben alles gegeben über all die Jahre. Und Sie wissen, es hat geklappt im letzten Jahr; wir haben das Ziel erreicht. Warum haben wir das erreicht?

Erstens, wir haben das Ziel nicht losgelassen, wir sind zusammengestanden, wir sind immer aktiv gewesen und wir haben uns auch an den kleinen Schritten gefreut und diese respektiert trotz Muskelkater am nächsten Tag. So wurde das Ziel erreicht. Das vergleiche ich mit unserem Fahrplan, den wir haben. Ich gebe es zu, er ist ehrgeizig, aber er ist mit der richtigen Einstellung erreichbar.

Der zweite Punkt ist das Preisschild: Können wir uns all diese Massnahmen leisten? Diese Frage kommt immer wieder. Es ist eine zweifach falsch gestellte Frage. Zum einen ist es eine Tatsache, dass wir heute schon immense Summen bezahlen, um Schäden zu beheben, die nachweislich aufgrund des Klimawandels entstanden sind. Zum anderen – und das wird oft vergessen – entscheidet am Schluss das Volk, wofür es Geld ausgeben will. Wir hatten in den letzten Jahren verschiedene Abstimmungen, die mit dem Klima zu tun hatten: Energiegesetz, Stromgesetz, Klimaschutzartikel und so weiter. Und immer war klar, dass das ein Preisschild hat. Die Bevölkerung hat Ja dazu

gesagt, also sie will etwas für diese Massnahmen ausgeben. Das müssen wir respektieren. Wir sind Vertreterinnen und Vertreter des Volkes und haben hier drin entsprechend abzustimmen. In diesem Sinn finde ich, diese Vorlage ist ausgewogen und nimmt das Anliegen einer grossen Mehrheit der Bevölkerung auf. Darum darf man mit gutem Gewissen, muss man schon fast aus moralischer Pflicht dieser Vorlage zustimmen.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Denn Sie wissen nicht, was Sie tun, so lässt sich Ihr Aktivismus in der Zielsetzung der Dekarbonisierung beschreiben. 40 Prozent weniger Zeit soll heute der Zürcher Bevölkerung gegeben werden, um Netto-Null zu erreichen. Wissen Sie, was das heisst? 40 Prozent weniger Zeit bei gleichviel Ressourcen, das heisst, es wird noch viel teurer. An dieser Stelle hört Idealismus, an dieser Stelle hört Aktivismus, hört plakative Politik auf; ab hier wird es messbar. Sie können schöne Worte sprechen wie, es sei wichtig. Sie können aber die Fragen nicht beantworten, alles andere aber können Sie. Ich sage Ihnen, was das bedeutet in der Umsetzung. Konsultieren Sie die Daten des statistischen Amtes. Da finden Sie, wie viele Ölheizungen es gibt, wie viele Fahrzeuge es gibt, die mit Benzin herumfahren. Ich nehme an, Sie haben das gemacht, denn wir entscheiden heute über eine einschneidende Massnahme für den Kanton Zürich. Ich kann Ihnen sagen, gemäss statistischem Amt werden wir jede Woche bis 2040 etwas über 1000 Elektroauto-Tankstellen installieren müssen. Wir werden aufgrund der prognostizierten Zuwanderung jährlich 7500 Wohnungen mehr haben, wir werden jährlich 11'000 Heizungen bauen, inklusive Ersatz, 11'000 Heizungen jedes Jahr. Und es geht weiter: Die EKZ investieren heute pro Woche 2 Millionen Franken in den Netzausbau. Sprechen Sie mit den Verantwortlichen der Verteilungsbetreiberinnen, sprechen Sie mit Ihnen. Die sagen, wir können nicht mehr machen, wir sind heute bereits am Anschlag und es reicht mitnichten. Mit diesem Wissen lassen Sie den Kanton Zürich ins Verderben laufen. Sie nehmen dem Kanton Zürich 40 Prozent der Zeit weg, um diese Dekarbonisierung, um dieses Netto-Null-Ziel zu erreichen, das die Stimmbevölkerung 2017 – dann hat es schon einmal irgendeine Abstimmung gegeben – angenommen hat. Stellen Sie sich vor, was für ein Verbrechen Sie hier begehen.

Dann kommt der dritte Punkt: Wenn Sie dann das Ganze dekarbonisiert haben, brauchen wir irgendwo 9 bis 10 Terrawattstunden mehr Strom. Der Regierungsrat hat in weiser Voraussicht nicht 2040 angepeilt, sondern 2050, denn in seiner Energiestrategie schreibt der Regierungsrat, wir wollen 3,5 Terrawattstunden Solarstrom und 700 Gigawattstunden Windstrom, das ergibt rund 4,2 Terrawattstunden. Der Gap der 6 Terawattstunden ist noch nicht geklärt. Also wir haben vier Probleme: Wir müssen zu viel bauen, das



ist ressourcenmässig ein Problem. Wir haben ein gutes Gewerbe, aber das Gewerbe kann nicht schneller arbeiten, als es das heute schon tut. Wir haben ein Netzproblem, das die Netzbetreiberinnen nicht hinbringen, und wir haben zu wenig Strom. Und das vierte Problem ist, Sie können uns nicht sagen, wie Sie das lösen wollen. Die Frage von Herrn Weidmann wurde nicht beantwortet. Daher frage ich Sie noch einmal, ich habe keine Kinder: Was muss ich meinem Göttimeitli sagen heute Abend, wie die Zukunft für sie, wenn sie dann vermutlich etwa 25 ist, aussieht, wie sie dann lebt? Ich frage Sie konkret: Dürfen wir noch Fleisch essen oder wollen Sie uns das auch noch verbieten?

Dann vielleicht noch zu Herrn Bärtschiger: Der Klimawandel, der sei noch schneller unterwegs, als man bisher angenommen habe. Ich kann es Ihnen sagen, die hochgelobten Forscher – es wird wärmer, das ist messbar, da gebe ich Ihnen recht –, aber die Forscher können nicht sagen, weshalb es schneller wärmer wird. Scheinbar ist hier der Mensch nicht mehr massgebend. (*Unruhe im Ratssaal*) Das ist nicht von Euw, das sind die Forscher, das ist SRF1 (*Schweizer Radio und Fernsehen*). Sie können es sich anschauen.

Und Herr Sommer, ich stelle fest – oh, jetzt ist er leider nicht mehr da. Der Fussballer Sommer sagt, man müsse ein Ziel erreichen. Es müssen aber realistische Ziele sein, Luftschlösser und so können wir bei dieser wichtigen Frage nicht weiterverfolgen. Herr Sommer sagt auch, dass die Bevölkerung bei dieser wichtigen Klimafrage mitsprechen müsse. Das hat die Bevölkerung gemacht mit Ziel 2050. Liebe EVP, unterstützen Sie das Referendum, dann lassen Sie die Bevölkerung über diese Änderung des Rahmens wieder abstimmen und dann sind Sie ehrlich. Besten Dank.

*Tobias Infortuna (SVP, Egg):* Bereits das Jahr 2050 ist für das Erreichen eines Netto-Null-Ziels ein Wunschtraum, 2040 wäre komplett kopflos. Dem Regierungsrat wäre das Jahr 2050 im Gesetz lieber als 2040. Zusätzliche Milliardenkosten jedes Jahr sind sowieso die Folge, würden aber bei einem Ziel 2040 in noch viel kürzerer Zeit anfallen. 2040 ist nur noch 15 Jahre entfernt. Das ist völlig überhastet, das alles soll ohne Atomstrom bewältigt werden. Was das bedeutet, sehen wir aktuell an der gescheiterten Energiewende in Deutschland. Deutschland hat den teuersten Strom von ganz Europa. Deutschland muss von Jahr zu Jahr mehr Atomstrom importieren; waren es im Jahr 2022 gut 4000 Gigawattstunden, waren es 2023 schon mehr als doppelt so viel und 2024 bereits über 17'000 Gigawattstunden, also viermal mehr als noch 2 Jahre zuvor. Das sollte uns eigentlich Warnung genug sein. Das alles kostet Milliarden und würde jede Privatperson zu spüren bekommen. Milliarden und noch mehr Milliarden jedes Jahr, nur um dann fest-

stellen zu müssen, dass das Ziel gar nicht zu erreichen ist. Die ganzen Investitionen und Sanierungen, Massnahmenpläne, Förderprogramme und Verbote würden das Leben im Kanton Zürich massiv verteuern. Der Kanton, alle Gemeinden, auch die finanzschwachen Gemeinden, alle Firmen und Private würden das zu spüren bekommen; die Mieten und die Nebenkosten würden steigen. Darum ergreifen wir das Referendum, damit das Volk, das diese Rechnung zahlen müsste, das letzte Wort dazu haben kann.

*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf):* Ich möchte nicht die ganze Debatte nochmals auf tun. Ich möchte nur etwas zum Begriff «Netto-Null» klarstellen. Die SVP hat da ein paar Sachen durcheinandergebracht.

Das Netto-Null-Ziel des Kantons Zürich bedeutet – wie auf der Homepage zu lesen –, dass Gebäude, Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie die Abfall- und Abwasserbehandlung auf Kantonsgebiet bis 2040 möglichst keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen dürfen. Netto-Null, das sind die direkten Emissionen, Scope 1-Emissionen. Es geht da nicht ums Fliegen, auch wenn das Fliegen sehr klimaschädlich ist. Es geht da nicht ums Essen und was wir auf dem Teller haben, auch wenn das selbstverständlich auch eine Klimawirkung hat. Netto-Null, das sind die direkten Emissionen. Und da sind wir schon auf gutem Weg. Es gibt Lösungen auf dem Tisch, liebe SVP, man muss sie einfach servieren und konsumieren. Es ist kein Aktivismus und kein Idealismus; es ist eine rationale Notwendigkeit diese direkten – nicht die indirekten Emissionen, die wir importieren –, die direkten Emissionen auf Kantonsgebiet, die da entstehen, zu reduzieren. Kurz zusammengefasst: Gemäss SVP, denn Sie tun nichts, obwohl Sie es wissen.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg):* Wir haben es gehört oder eben nicht gehört, Sie haben keine Lösungen für diese utopischen Klimaziele, Walder, Sommer, Furrer, Hasler und Co., keine Lösungen, nur Verweigerung der Diskussion und Schliessung der Rednerliste. Aber es gibt einen Mann in diesem Saal, er müsste die Lösung haben, er hat uns die Lösung versprochen: Der grüne Baudirektor Martin Neukom (*Regierungsrat*) wurde 2019 gewählt, um ihre Klimastrategie umzusetzen. Aber auch er ist gescheitert, auch er muss zugeben, dass es nicht funktioniert. Ich zitiere aus der langfristigen Immobilienplanung: «Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist seit längerem rückläufig,», das ist ja gut, ich glaube, das unterstützen wir alle, «verringert sich jedoch nicht schnell genug, um das angestrebte Ziel der Klimastrategie von Netto-Null bis 2040 zu erreichen.» (*Zwischenruf von Regierungsrat Martin Neukom*) Es steht 2040, du weisst nicht mal, was du selber geschrieben hast. Nicht mal im Immobilienbereich wird das erreicht, und im Immobilienbereich wäre es noch realistischer als in der Industrie oder im Verkehr und so

weiter. Nicht mal da wird dieses unrealistische Ziel erreicht, da die Lösungen unrealistisch sind, zu teuer, ganz einfach, es ist Habakuk.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Wenn die SVP Mühe hat, sich selbst zu informieren, da können wir gerne nachhelfen, aber nicht in dem Ausmass vermutlich, wie Sie das gerne hätten, denn das dauert logischerweise länger als die Redezeitbeschränkung, die wir haben.

Im Kanton Zürich gibt es zwei ganz grosse Felder, die für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Einerseits ist das der Gebäudesektor, andererseits ist es der Verkehr. Was sind die naheliegenden Massnahmen im Gebäudesektor? Das eine hat das Volk bestätigt, das neue Energiegesetz für die Heizungen. Dort werden wir bis 2040 die meisten Emissionen aus den Heizungen sowieso draussen haben, so wie der aktuelle Absenkpfad aussieht, so wie das genutzt wird, ist das, so glaube ich, auch nicht zu optimistisch. *(Zwischenrufe)* Interessiert Sie das doch nicht? *(Weitere Zwischenrufe)* Gut, dann seien Sie doch wenigstens ehrlich. Ich bin gespannt, ob Sie das Ihren Kindern heute Abend ...

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Bitte hören Sie mit diesen überflüssigen Zwischenrufen auf.

*Nicola Siegrist fährt fort:* Man darf gerne dazwischenrufen, wenn man dafür auch zuhört.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Es kommt immer darauf an, was man mit Zwischenrufen sagt. Und immer noch mache ich die Spielregeln und nicht Sie. Danke. *(Heiterkeit)*

*Nicola Siegrist fährt fort:* Gut, also das eine sind die Heizungen, das liegt auf der Hand. Das andere, das sehr einschenkt bei den Emissionen, ist die Frage, wie wir bauen, wie viele Emissionen beim Bauen entstehen; Beton, Zement sind sehr CO<sub>2</sub>-intensiv. Also müssen wir nicht zuletzt auch dafür schauen, dass wir in den nächsten Jahren den Bestand unserer Gebäude besser schützen können, wenn wir neu bauen oder umbauen, dass wir einen Teil dieses Bestandes nutzen und ins neue Gebäude integrieren, optimalerweise reissen wir gar nicht erst ab. Das hilft auch noch gegen Leerkündigungen, also gegen unerlaubte Mietzinserhöhungen. Beides liegt auf der Hand. Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen zusammensitzend und da konkrete Massnahmen zu entwickeln, die über das hinausgehen, was wir noch machen.

Beim Verkehr geht es um vermeiden, verlagern und verbessern. Dieses Bonmot kennen Sie. Beim Vermeiden geht es darum, dass wir die Arbeitssorte

näher an den Wohnorten haben. Gut, dann schauen wir dafür, dass Unternehmen den Anreiz haben, sich auch vermehrt in der Agglo niederzulassen, dort, wo ein Grossteil des Wachstums stattgefunden hat oder stattfinden wird. Dafür brauchen wir aber Massnahmen, das geschieht nicht von allein. Es gibt nicht ohne Grund viele Unternehmen, die in die grossen Städte ziehen. Aber das können Sie auch nicht akzeptieren. Verlagern tun wir, indem wir Velo, ÖV und Fuss stärken, ausbauen und vergünstigen und Anreize schaffen, damit wir das Auto zu Hause lassen. Und den Rest, den verbessern wir über Elektromobilität und andere Antriebsformen. Aber nein, Sie haben heute Morgen gerade bei einem Postulat Diskussion verlangt und sich darüber gestritten, wer am ehesten Diskussion verlangen darf, genau beim Bereich Verkehr, in dem die Regierung tatsächlich heute viel zu wenig macht. Ich hoffe, dass Sie da in den nächsten 15 Jahren bereit sind mitzuarbeiten. Was ich mich frage, ist, wieso Sie, bürgerliche Seite, so pessimistisch sind. Sie werfen uns jeweils vor, wir seien irgendwie rückwärtsgewandt, wir wollen keinen Optimismus, keinen Fortschritt mehr. Aber wenn es darum geht, etwas ambitionierte Ziele zu setzen, dafür zu sorgen, dass wir – tut mir leid für die Wortwahl – die fucking Menschheit auf diesem Planeten retten können, dann heisst es plötzlich, nein, das schaffen wir sowieso nicht. Hey, wo ist da der Optimismus? Der fehlt total in dieser Debatte von Ihrer Seite. Und mit einem Vergleich zu Daniel Sommer zu schliessen: Er hat zwei Gründe genannt, weshalb der FC Kantonsrat das Turnier gewonnen hat. Ich habe einen dritten Grund, und zwar gab es in diesem Team immer einige Leute, die gebremst oder blockiert haben. Dazu gehöre ich und andere Leute. Wir sind deshalb bei diesem Turnier zu Hause geblieben. Das Team hat gewonnen. Sie wissen, wer im Klima blockiert und bremst. Vielleicht wäre es besser, wenn Sie bei dieser Frage auch zu Hause bleiben würden. (*Heiterkeit*) Stimmen Sie Ja.

*Urs Wegmann (SVP, Neftenbach):* Wenn Sie mit einem Wasserzerstäuber in der Hand gegen einen Waldbrand antreten – von mir aus in Los Angeles –, haben Sie da wirklich etwas gewonnen, wenn Ihnen der Zerstäuber schon in der Hand schmilzt und Sie dann verbrennen? Nein, da haben Sie nichts gewonnen. Sie können höchstens sagen, ich bin mit gutem Beispiel vorgegangen. Sie behaupten, wir wollten nichts tun. Das stimmt einfach nicht. Wir wehren uns einzig gegen utopische Pläne, welche eben nicht umsetzbar sind ohne massiven Verlust des Wohlstandes, und dieser ist notwendig, damit wir uns den künftigen Herausforderungen stellen können. Es wurde erläutert, wie sich das Klima und die Ereignisse des Wetters in den letzten Jahren verändert haben. Dem stimme ich als Landwirt zu, das ist so, das stelle ich auch fest. Was kann ich jetzt da tun? Ich kann meinen Traktor verschrotten und

wieder mit dem Pferd auf mein Feld gehen. Was habe ich damit gewonnen? Ich schaffe nur noch einen Bruchteil der Arbeit, ich werde pleitegehen, aber am Klima, an den Einflüssen auf mein Land ändert sich null. Das Einzige, was mir bleibt, ist dann eben sagen zu können, ich war das gute Beispiel. «Lifere statt lafere» wurde hier schon gesagt. Da bin ich sogar einverstanden. Wenn Sie uns Bürgerlichen ständig vorwerfen, wir täten nichts, stimmt das so einfach nicht. In unseren Reihen sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, welche wirklich sehr viel machen und umsetzen, und nicht wie viele auf der anderen Seite nur darüber reden. Vielleicht haben Sie mich auf dem Foto, auf dem Plakat des Agrokonzpts, welches nominiert war für den Zukunftspreis, gesehen. Wir tun effektiv etwas. Ich versuche da selber als Vorbild voranzugehen, etwas zu bewirken. «Lifere statt lafere», dafür stehe ich ein wie viele meiner bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb lehnen wir das Gesetz ab, da es unsere Waffen nur stumpf macht im Kampf gegen die Herausforderungen, uns anzupassen, ohne dass es wirklich etwas bringen würde. Danke.

*Claudio Zihlmann (FDP, Zürich):* Markus Bärtschiger, dein Votum könnte auch unter dem Titel stehen, «Die Welt geht unter, aber der Kanton Zürich rettet die Welt mit Netto-Null 2040 anstatt 2050». Sag du mir doch bitte, wie viel Prozent Treibhausgasemissionen macht der Kanton Zürich im Vergleich zur ganzen Welt aktuell? Und sage mir noch bitte, von wie viel Treibhausgasemissionen wir profitieren, wenn wir von 2050 auf 2040 runtergehen. Der Fakt ist leider, der Kanton Zürich wird an deinem skizzierten Szenario leider – ich sage leider – rein gar nichts ändern. Das ist auch ein Fakt. Trotzdem, wir von der FDP, wir sind bereit und wir wollen unseren, wenn auch bescheidenen Beitrag beisteuern, auch wenn wir damit die Welt nicht verändern. Umso mehr ist es eben unsere Pflicht, die Massnahmen, die wir beschliessen, für die Bevölkerung verträglich zu machen. Denn ich sage Ihnen, mit einem unrealistischen Ziel 2040, das Sie hier heute beschliessen, machen Sie eben diesen grossen Fehler: Sie nehmen die Bevölkerung eben nicht mit. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir hier Massnahmen beschliessen werden und diese von der Bevölkerung nicht getragen werden, dann wird es eben wirklich schwierig.

Sie sagen über uns, wir stellen immer die Kostenfrage. Ja, ich sage aber auch, lieber Markus Bärtschiger, wir könnten heute 2026 beschliessen und an diesen 20 Milliarden, die wir vorher gehört haben, ändert sich rein gar nichts. Ich frage mich einfach, wenn wir jetzt Netto-Null 2040 machen, wie viel kostet das denn? Können Sie mir das bitte auch noch erklären? Ich bin sehr gespannt und ich bin noch viel gespannter, wenn Sie sagen, es sei ja gar kein Problem, wir redeten nur immer über die Kosten und das sollten wir nicht

machen. Ja, wer bezahlt denn am Schluss diese ganzen Kosten? Da wäre ich auch noch ganz gespannt, wie Sie das sagen, wie finanzieren wir das und wer bezahlt das am Schluss? Ich kann Ihnen sagen, wer es am Schluss bezahlt. Es sind wir, es ist die Bevölkerung, die das eben am Schluss nicht mehr im Sack hat.

Und Sie sagen immer, wenn ich schon bei der Bevölkerung bin, Sie sagen immer das Volk. Und das Volk hat entschieden und das Volk will Klimaschutz. Ja, das Volk ist für Klimaschutz, und auch wir von der FDP, wir wollen Klimaschutz. Aber wir wollen 2050. Das ist, was das Volk beschlossen hat. Das Volk hat 2050 beschlossen und nicht 2040. Deswegen lehnen wir heute ab. Wir wollen 2050 und nicht 2040. Vielen Dank.

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon):* Die SVP hat die Meinung vertreten, wir würden mit dieser Änderung 40 Prozent der Zeit kürzen, die uns bleibt. Die meiste Zeit haben wir bereits in der Vergangenheit verloren. Wenn wir zurückschauen, wissen wir, dass es 1980 allgemein bekannt war, dass der Klimawandel menschengemacht ist und dass er Probleme verursachen wird. Damals hätte man eingreifen können, dann hätten wir jetzt schon 45 Jahre am Klimaschutz gearbeitet. Das wollten wir aber nicht respektive nicht wir, sondern die SVP, FDP und ihre internationalen Verbündeten wollten das nicht, weil sie eine innovationsbremsende Politik betrieben haben, um die Geschäftsmodelle zu schützen, die davon leben, dass sie die Umwelt verschmutzen, dass sie den Klimawandel anheizen. Das ist der wahre Grund, weshalb wir jetzt hier stehen. Das ist der wahre Grund, weshalb wir jetzt immer dringendere Massnahmen ergreifen müssen.

Es ist ganz klar: Hitze, Trockenheit, Starkniederschläge werden uns auch in der Schweiz massiv treffen. Wir könnten jetzt Massnahmen ergreifen und das so schnell wie möglich machen. Das ist eigentlich auch das einzig Richtige. Es ist die einzige Option, die wir ergreifen sollten, denn das, was wir hier machen, ist im Endeffekt ein Innovationsprogramm für neue Geschäftsmodelle, für saubere Geschäftsmodelle, oder es ist auch ein Konjunkturprogramm, von dem die ganze Wirtschaft profitieren kann. Die Kosten, wenn wir nichts machen, die trägt auch die Bevölkerung, die massiv steigenden Kosten der Anpassungsmassnahmen, aber auch beispielsweise steigende Versicherungsprämien. Wir können jetzt beispielsweise im Wallis schauen gehen, was passiert ist, wenn man eben nichts macht. Man verpasst die Bekämpfung des Klimawandels und man weigert sich auch Anpassungsmassnahmen zu finanzieren, denn das können wir uns auch nicht leisten. Dann haben wir genau das Problem, dass die Versicherungsprämien massiv steigen, dass sich ganz viele Leute dann beispielsweise das Haus nicht mehr leisten können. Wir werden beobachten, dass wir Firmen haben, wie Novelis

(*Aluminiumverarbeiter*), die überflutet werden, Produktionsstillstände haben und sich am Schluss natürlich – beispielsweise Porsche (*deutsche Automarke*) – dann überlegen, ja, will ich das Aluminium im Wallis kaufen oder will ich nicht lieber an einen anderen Ort gehen, wo ich sichere Verbindungen habe, wo ich das Aluminium bekomme. Also wir verlieren, wenn wir nichts machen. Deshalb bitte ich Sie, seien Sie endlich realistisch, hängen Sie nicht an einer Vergangenheit, die es nie gab, sondern schreiten Sie voran, sagen Sie, wir wollen Innovationen, wir wollen vorwärtsmachen und stimmen Sie diesem Gesetz zu.

*Sandra Bossert (SVP, Wädenswil)*: Mehrmals wurde die Landwirtschaft angesprochen. Dazu möchte ich als aktive Landwirtin sagen, die grössten Herausforderungen in der Landwirtschaft sind nicht das Klima oder die wechselnden Wetterbedingungen. Das war schon immer so und wird auch so bleiben. Ich hake diesen Umstand unter der Prämisse Natur ab. Was den Bauern wirklich immer mehr Kopfschmerzen macht, sind die unzähligen Auflagen zur Bewirtschaftung von Land, oftmals von theoretischen Schreibtischtätern gemacht; es werden Vorschrift um Vorschrift erlassen. Auch werden ohne Alternative immer mehr Pflanzenschutzmittel verboten, welche die Kulturen schützen könnten, gleichzeitig wird einwandfreie Ware gefordert. Dies und der Druck der Grossverteiler auf die Preise sind die grössten Herausforderungen in der Landwirtschaft, an den Rest passen wir uns an wie schon zig Generationen vor uns. Hier im Kanton Zürich vor Ort Lebensmittel zu produzieren, ist meiner Meinung nach der beste und nachhaltigste Klimaschutz.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon)*: Ich muss sagen, ich bin von der Debatte etwas schockiert. Ich bin etwas schockiert, weil die FDP es geschafft hat, das klimapolitisch rückwärtsgewandteste Votum abzuliefern – und nicht mal die SVP. Der Vertreter der FDP hat gewissermassen gesagt, der Kanton Zürich müsse im Prinzip gar nichts zu tun, der sei ja so klein, das mache ja sowieso keinen Unterschied. Wieso machen wir denn überhaupt etwas? Wir könnten genauso gut den CO<sub>2</sub>-Ausstoss steigen. Es würde sich ja nichts ändern, wir sind so munzig, so vernachlässigbar. Wenn man das durchdenkt, China ist für 30 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses weltweit verantwortlich, aber auch China setzt sich zusammen aus ganz vielen kleinen Einheiten. Auch die chinesische Stadt Beihai könnte sagen, wir mit unseren 1,5 Millionen, wir machen keinen Unterschied. Weshalb sollten wir etwas machen, das bringt doch nichts? Und dann bewegt sich China, das für 30 Prozent verantwortlich ist, eben auch nicht. Deshalb ist diese Aussage, diese Logik so etwas von grundfalsch und strohdumm. Weiter wurde gesagt, wir fordern Massnahmen ein, hinter der die Bevölkerung nicht stehe. SVP sei Dank, wir werden über dieses Gesetz

abstimmen. Wir werden deshalb sehen, dass die Bevölkerung für diese Gesetzänderung einsteht, entsprechend wissen wir, wir fordern ein, was die Bevölkerung will.

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Liebe Rosmarie Joss, nicht, dass du dann nochmals ein so schlimmes Votum von der FDP hörst. Ich bin jetzt doch etwas verwirrt. China wird jetzt da erwähnt als Leuchtturmland bezüglich des Klimaschutzes. (*Heiterkeit*) Meine Güte, bitte, ich darf mein Votum doch zu Ende halten, ich bin einfach verwirrt, ich bin verwirrt ob dieser ganzen Kakophonie von Voten. Da hat Frau Sonja Gehrig von der GLP gesagt, es gehe nicht ums Fliegen, es gehe nicht ums Essen, liebe SVP und FDP, es gehe aber um ganz viele andere Sachen. Dann hat Herr Nicola Siegrist gesagt – da stimme ich ihm auch zu –, es gehe eigentlich um den Gebäudesektor und es gehe um die Mobilität. Nun, beim Gebäudesektor ist es so, dass wir da den grössten Hebel haben. Und da hat die FDP Ja gesagt zum Energiegesetz. Da sind wir dran.

Nun schauen wir uns aber doch noch mal den Massnahmenplan der Baudirektion an. Da muss ich sagen ob all dieser Kakophonie von Ideen, ich finde, die Baudirektion ist hier ganz klar. Ich zitiere: «Die Reduktion der Treibhausgasemissionen betrifft deshalb die Bereiche Gebäude, Mobilität, Industrie und Gewerbe, Abfall und Abwasser sowie Landwirtschaft. Der Kanton setzt sich auch dafür ein, dass die Treibhausgasemissionen, die ausserhalb des Kantons entstehen, zu vermeiden sind. Daher setzt er auch im Bereich Konsum und Güter Massnahmen um.» Die Massnahmen, die sind vollkommen klar, die sind klar und die werden die einzelnen Personen in unserem Kanton, die werden die Bevölkerung betreffen. Das kostet.

Wenn wir uns nun fragen, wo ist denn der Kompass der FDP? Der Kompass der FDP ist ganz klar ausgerichtet auf 2015. Das ist das, was nachhaltig ist. 2050, Entschuldigung, 2015 wäre jetzt natürlich ganz in Ihrem Sinn. Also; Der Kompass ist ganz klar ausgerichtet auf 2050, und da lasse ich mir den Optimismus eben nicht gegen den Pragmatismus ausspielen. Wir sind optimistisch, dass wir das schaffen, aber wir möchten doch auch klar festhalten, dass die Bevölkerung mit dem Massnahmenkatalog, der hier so flockig irgendwie einfach unter den Tisch gekarrt wird, direkt betroffen sein wird. Deswegen haben wir mit 2050 kein Problem. Das ist unser Kompass.

*Paul Mayer (SVP, Marthalen):* «Lifere statt lafere» sagte Manuel Sahli. Ich stelle fest, dass Photovoltaik-Anlagen auf den Bauten von landwirtschaftlichen Siedlungen stehen, weiter auf Industrie- und Gewerbebauten, vor allem in ländlichen Gebieten. Unser Dorf Marthalen produziert an einem schönen Tag so viel Strom, wie das ganze Dorf zweimal brauchen würde. Der Diesel-



Stapler in meinem Betrieb habe ich ersetzt durch einen Elektrostapler, aber das Geld dazu musste ich zuerst verdienen. Ich musste aber die Möglichkeit zum Geldverdienen erst einmal haben. Die Liegenschaften haben schon lange Wärmepumpen, das auch ohne Vorschriften. Herr Sahli, was machen Sie für das Klima? Genau Ihre Seite macht nichts dafür, und Sie denken, die anderen sollen das machen. Zu Ihnen sage ich: Sie «laferet» nur und «liferet» nichts für das Klima.

*Daniel Rensch (GLP, Zürich):* Ich wollte eigentlich ein paar pragmatische Tipps und Hinweise den Kollegen geben, damit Sie am Abend und am Göt-tisch auch diskutieren können. Jetzt hat Paul Mayer schon ein paar der besten Beispiele gebracht. Ich denke, Sie haben ja Kollegen, die wissen wie es geht.

Also, ich bin Umweltingenieur und gebe Ihnen jetzt ein paar gute Tipps, wie wir das in 15 Jahren erreichen können: Die durchschnittliche Nutzung von Fahrzeugen – und ich spreche hier nicht nur von Autos, sondern von Fahrzeugen in der Schweiz – beträgt 9 Jahre. Alle 9 Jahre ersetzen wir in der Schweiz den gesamten Verkehrspark. Alle 9 Jahre kaufen wir ein neues Auto und einige Kollegen seitens der SVP etwas schneller.

Heizungen: Öl- und Gasbrenner werden alle 10 bis 15 Jahre ersetzt, 15 Jahre, also in 10 bis 15 Jahre haben wir diese ersetzt. Sie können das so machen, wenn Sie das wollen. Sie können es aber auch Paul Mayer nachahmen und erneuerbare Energien dafür brauchen. Und an den Kollegen Urs Wegmann: Das Bundesamt für Landwirtschaft empfiehlt, Traktoren nach etwa 10'000 Betriebsstunden zu ersetzen – dafür bekommen Sie auch etwas Geld –, alle 10'000 Betriebsstunden. Sie können mal rechnen, wie schnell das geht. Es tut mir leid, Sie schauen jetzt komisch, aber dann haben Sie in ihrem Leben etwas falsch gemacht. (*Heiterkeit*) Also das sind Tipps und das sind einfache Möglichkeiten, wie wir das in 15 Jahre erreichen. Das Geld dafür haben wir immer wieder gebraucht und haben wir jetzt auch, denn es ist nicht mehr so viel teurer und es wird immer günstiger auf eine klimaschonende und CO<sub>2</sub>-neutrale Welt zuzugehen. Und ich hoffe, dass Sie damit jetzt genug Gesprächsstoff für Ihre Kinder zu Hause haben. Danke.

*Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich):* Es ist ja unbestritten, dass wir uns einsetzen für den Klimaschutz. Das entspricht dem gesunden Menschenverstand. Und sehr viel wird erreicht in all den Nischen, die nicht gesetzlich vorgegeben sind, in denen man aber einiges tun kann durch Einsatz des gesunden Menschenverstandes und durch Einsparungen, wo es Sinn macht. Wenn ich mir aber die Seite vis-à-vis anhöre, die Debatte, diese Aggressivität, dann frage ich mich dann schon, worum es geht. Um den Klimaschutz

an sich oder ist es vielleicht nicht der Ehrgeiz, möglichst schnell unterwegs zu sein, schneller als alle anderen? Das gute Beispiel wurde gesagt. Es ist natürlich ein Irrtum zu glauben, dass China, das ja am meisten CO<sub>2</sub> ausstösst, unserem Beispiel folgen würde. Nein, ein totalitäres Regime wird das nicht tun; das wird vielleicht höchstens sagen, gut, wenn die sich wirtschaftlich schwächen im Westen, dann ist das zu unserem Vorteil. Das ist dort die Strategie, hier dürfen wir diesbezüglich nun wirklich nicht naiv sein. Es ist natürlich eine Gefahr, wenn man versucht, möglichst schnell unterwegs zu sein mit Einschränkungen, dann ruiniert man einfach vollständig die Motivation etwas im Kleinen zu tun für den Klimaschutz. Das ist dann schlussendlich kontraproduktiv. Sie wissen ja, rasen bringt auch die Gefahr von Unfällen mit sich. Und wenn ich das Beispiel noch aufgreifen darf vom jungen Mädchen – es können ja auch Mädchen sein –, das schon früh zu Hause sein sollte und macht dann ab um 11 Uhr, in der Erwartung, dass es dann um 12 Uhr zu Hause ist. Wem ist dann gedient, wenn es überhaupt nicht mehr nach Hause kommt, weil es unterwegs beim Sich-Beeilen verunfallt ist? (*Unruhe im Ratssaal*)

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Ich freue mich, diese Debatte ist lebhaft und sie ist gut, sie muss erfolgen, und wenn es in einer zweiten Lesung ist, ist es umso besser.

Womit ich ein kleines Problem habe, ist die Verortung der Dunkelheit, wo man keine Zukunft sieht. Die Grünen haben schon beim Budget von No-Future geredet, sie reden hier wieder von No-Future, sie haben keine Zukunft. Die Grünliberalen reden von einem Problem mit Todesfolge, dass man das jetzt nur dank diesem Gesetz und den Massnahmen verhindern kann, und dass sie etwas ausgeben wollen für diese Massnahmen. Sie haben nicht beziffert, was sie ausgeben wollen, wie viel in welcher Zeitperiode, sondern sie haben einfach gesagt, sie wollen etwas ausgeben. Und das Tüpfchen auf dem «i» der Todesfolge ist Thomas Wirth mit Jahrgang 71, der sagt, ab 1980 haben wir alles verpasst, was wir machen konnten. Und wenn ich jetzt schaue, es gibt eine bekannte «Bild»-Titelseite vom 23. Februar 2007, «Bild» (*deutsche Boulevardzeitung*) titelt mit einer Weltkugel, wir haben nur noch 13 Jahre, die Welt zu retten. Da war der Klimawandel auch schon Thema. Also 2007 hatten wir nur noch 13 Jahre zum Überleben, um uns zu retten. Leider ist es vorbei. Und auch dieses Gesetz wird die Welt nicht retten. Das müssen Sie wissen. Da muss ich sagen, liebe SP, wenn Sie davon sprechen, das sei alternativlos, dann befinden Sie sich auf dem Holzweg, denn hier auf dieser Seite haben wir mehrere Voten gehabt, die Ihnen gezeigt haben, im Kleinen, mit kleinen Massnahmen, mit den heutigen Massnahmen, da haben wir die

Alternativen und so schaffen wir das. Wir sind die Praktiker, die daran arbeiten, Sie sind die Theoretiker, die alternativlos vor dem Problem stehen. Arbeiten Sie mit, lehnen Sie diese Gesetzesänderung ab. Sie können mit uns etwas Besseres schaffen. Ansonsten müssen wir fast das Referendum ergreifen.

*Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim):* Ich habe zwar für die Schliessung der Rednerliste gestimmt, aber ich muss jetzt doch noch kurz etwas sagen. Die Kollegin Bossert – ist sie überhaupt hier? Nicht? Gut. Dann sage ich es ihr nachher noch. Es ist möglich, dass an der Pfnüsel-Küste der Klimawandel noch nicht eingetroffen ist oder man ihn nicht mitbekommt. Wir im Weinland haben da andere Erfahrungen gemacht. Bei uns hat er voll eingeschlagen in den letzten 10, 20, 30 Jahren; die Klimaextreme werden immer extremer. Natürlich, wir haben ein trockenes Gebiet, wir wissen auch, damit umzugehen, aber irgendwo hat alles Grenzen. Es ist schon so, dass die Preise und die Auflagen in der Landwirtschaft sicher auch Probleme sind, aber der Klimawandel ist es eben auch. Da gebe ich Ihnen sogar recht, wir können wahrscheinlich das Weltklima hier im Kanton Zürich nicht und auch nicht mit dieser Vorlage gross retten, aber wir müssen uns alleine retten, wir müssen sicher auch einen Beitrag dazu leisten. Da bin ich auch voll dabei. Auch ich freue mich auf die Abstimmung, die da stattfinden wird, und ich werde mich sicher auf der Pro-Seite engagieren. Vielen Dank.

*Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur):* Ich habe in einem Industrieunternehmen gearbeitet und kenne die Bedürfnisse der Wirtschaft aus erster Hand. Die ganze Diskussion, die wir jetzt erlebt haben, war sehr dogmatisch. Natürlich, nicht jedes Naturereignis ist auf den Klimawandel zurückzuführen, aber auch nicht jedes kantonale Gesetz führt zum Untergang der Wirtschaft. Wir müssen auch realistisch bleiben, was wir im Kanton Zürich und insbesondere als Kantonsräte bewegen können. So wichtig sollten wir uns auch nicht nehmen. Auf der anderen Seite sollten wir aber die Innovationskraft der Wirtschaft und der Industrie nicht unterschätzen. Wenn wir als Mittepartei Ja zum Energiegesetz sagen, dann darum, weil wir an die Innovationskraft der Schweizer Hochschulen und der Schweizer Industrie glauben. Allerdings ist uns wichtig, wie es auch im Gesetz festgehalten ist, dass diese Massnahmen im Energiegesetz volkswirtschaftlich verkraftbar sind. Was volkswirtschaftlich verkraftbar ist, werden wir in den nächsten Jahren sehen und immer wieder neu bestimmen müssen. Wir brauchen daher auf beiden Seiten mehr Pragmatismus und weniger Ideologie. Geben wir den Unternehmen die Chance, Innovationen zu realisieren. Darum macht auch die Sen-

kung der Unternehmenssteuer sehr viel Sinn, da die Unternehmen damit Mittel bekommen, die sie für die Forschung und Entwicklung verwenden können. Auf der anderen Seite auch der Appell an die Politik: Überschätzt euch nicht, die Welt wird nicht von der Politik gerettet, sondern von der Innovationskraft von Ingenieuren und der Risikobereitschaft der Unternehmen.

*Ueli Bamert (SVP, Zürich), spricht zum zweiten Mal:* Ich habe mir ein paar Notizen gemacht und finde mich schon fast nicht mehr zu recht bei so vielen Reden, aber auf einige der Voten muss ich schon noch kontern.

Zunächst zur GLP-Fraktion: Dieses Definieren von Netto-Null, das ist Haarspalterei. Sie sprechen davon, dass wir den Klimawandel aufhalten müssen, dass wir kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen dürfen. Ein Flugzeug, das in Kloten startet, startet auf Zürcher Boden, wird in Zürich betankt und stösst CO<sub>2</sub> aus. Also Sie können mir jetzt nicht mit irgendeiner komischen Definition kommen und sagen, ja, das gilt dann schon nicht. Wenn Sie wirklich wollen, dass Schweizerinnen und Schweizer bis 2040 oder von mir aus bis 2050 kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen, dann darf niemand mehr in die Ferien fliegen. Das ist schlicht und ergreifend ein Fakt. Andreas Hasler, du hast, glaube ich, direkt oder nicht direkt angesprochen, es geht ja sicher auch darum, dass man CO<sub>2</sub> im Boden verbuddeln kann. Auch das eine Technologie, in die sehr viel Hoffnung gesteckt wird, aber Ihre Hoffnungen werden enttäuscht werden. Das ist ganz klar. Das wird man nie im grossen Stil machen können. Am Ende des Tages müssen Sie uns erklären, wie wir bis 2040 kein oder fast kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen. Und da komme ich auf diese zahlreichen Fragen zurück, die gestellt wurden von meinen Kollegen hier zu meiner Linken und Rechten und die von den wenigsten wirklich beantwortet wurden. Du lachst, Nico (*Nicola Siegrist*), ich wollte dich gerade erwähnen, du hast das gut gemacht. Das überrascht mich nicht, dass du eine gute Antwort gegeben hast. Und auch Dani Rentsch hat uns Tipps gegeben. Aber es ist mir nicht konkret genug. Sagen Sie uns ganz konkret, sagen Sie uns ganz konkret, was passieren muss, dass wir bis 2040 weg sind, dass wir kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen. Thema Energiegesetz, das Energiegesetz haben wir verabschiedet, ja, das stimmt. Es ist heutzutage fast nicht mehr möglich, eine fossile Heizung zu ersetzen. Aber was machen wir denn 2035, wenn immer noch 20 oder 30 Prozent der Heizungen fossil sind? Und das werden Sie sein, denn heute sind mehr als die Hälfte der Heizungen fossil, und 2035, wenn es gegen 2040 geht, wird immer noch ein sehr grosser Teil fossil sein. Was kommt dann? Kommt dann der Sanierungszwang? Sagen Sie dann den alten Leuten, du musst jetzt die Heizung herausreissen, obwohl sie noch läuft? Kommt das dann? Also, das ist eine konkrete Frage. Sie können Sie dann nachher beantworten. Oder deine Tipps, Dani Rentsch, kaufen Sie ein Elektroauto, kaufen

Sie alle 10 Jahre ein neues Auto. Das ist eine gute Zahl, aber was, wenn es die Leute nicht machen. Die Zahl heute ist verschwindend klein. Man meint in der Stadt Zürich, es fahren nur Teslas (*US-amerikanische E-Automarke*) rum, aber die Prozentzahl ist irgendwo bei 5 Prozent. Was, wenn 2035, 2036, 2037 immer noch über die Hälfte ein Verbrennungsmotor hat. Was machen Sie dann? Verboten Sie dann den Verkauf von Treibstoff in der Schweiz? Und was, wenn 2037 nach wie vor zahlreiche Industriebetriebe im Kanton sind, die immer noch nicht auf erneuerbare Energie umgestellt haben, weil sie es einfach nicht können, weil es keine Alternativen gibt, da wo man wirklich viel Energie braucht. Was machen Sie dann? Werden Sie konkret, sagen Sie es uns heute und hier drin konkret. Sagen Sie es der Bevölkerung konkret, was es bedeutet, wenn Sie bis 2040 kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen wollen.

Nico Siegrist, du hast gesagt, wir sollen ein bisschen optimistischer sein. Es gibt einen Unterschied zwischen Optimismus und Realismus. Wir sind sehr optimistisch. Ich könnte es jetzt auch umdrehen und sage, ihr sprecht die ganze Zeit davon, dass die Welt wegen des Klimawandels untergehe. Seid Ihr doch mal ein bisschen optimistischer. Um auf deine Frage zurückzukommen: Wir sind halt einfach Realisten, wir wissen, dass es nicht geht. Ich habe es in diesem Saal schon mehrmals gesagt, niemand hat ein Problem damit, von fossiler Energie wegzukommen, aber die Fixierung auf Jahreszahlen ist grotesk. Sie macht einfach keinen Sinn. Du schaust mich so böse an, lieber Thomas Forrer. Lieber Thomas Forrer, du schaust mich so böse an. Viele von Ihnen haben auf die Frage, weshalb wir diese Übung hier abziehen, aufgezählt, was denn so alles Schlimmes passiert. Jawohl, die Folgen des Klimawandels sind spürbar, aber das ändert nichts daran, dass wir nichts an diesem Zustand ändern, wenn wir hier im Kanton Zürich eine Zahl in ein Gesetz schreiben, die wir nicht erreichen werden.

Und noch eine allerletzte Bemerkung: Andreas Halser, du bist Präsident der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Ich finde es ein bisschen irritierend, wenn du dich hier als Erstredner so dezidiert äusserst. Du machst deine Präsidialarbeit sehr gut, aber ich hätte nicht erwartet, dass du dich hier drin so deutlich zu diesem Gesetz äusserst und es nicht von vornherein deinem Kollegen überlässt. Dass du dann noch die Schliessung der Rednerliste verlangst, ist auch nicht gerade guter Stil, aber das musst du selber wissen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur), spricht ein zweites Mal:* Ich wurde angesprochen. Es wurde von Karl Meyer aufgezählt, was sein Beitrag ist. Es ist schön, es ist wichtig, es braucht jeden Beitrag, und ich finde es auch schön, dass es in Marthalen viele Solaranlagen gibt.

Dort, wo ich wohne, beziehungsweise wo unsere WG zu Hause ist, hat es auch Solarzellen auf dem Dach. Wir sind dort aber nur zur Miete, haben sie nicht selber gebaut, aber dort ist es soweit in Ordnung. Wenn ich persönlich angesprochen werde, ich habe gesagt, es brauche den Wandel in den Köpfen. Ich schaue soweit ich kann auf meinen Konsum, damit ich möglichst nachhaltig unterwegs bin, damit ich mich nicht der Wegwerfgesellschaft anschliesse in verschiedenen Bereichen wie Kleider, Ernährung und auch bei der Elektronik, auch wenn es schwierig ist, aber das würde alles zu weit führen, es wäre ein umfassender Roman. Ich schaue aber beispielsweise, dass ich nachhaltig reise, und dies ist übrigens auch genau das, was Thomas Weidmann am Abend seinen Kindern erzählen kann. Sie müssen nicht weit reisen. Es wurde in der Vergangenheit auch ohne Flugzeuge gereist. Erklären Sie das Ihren Kindern. Sie können in den Norden gehen, wo es Nordlichter gibt, Sie können in den Süden reisen, wo es Sonne, Strände gibt, Sie können im Osten und Westen die verschiedensten Städte besuchen und Sie können auch hier in der Schweiz in die Berge gehen, dies alles innerhalb eines Tages. Hierfür muss niemand auf die Malediven oder nach Malta fliegen, auch wenn Ihnen dies die Werbung glaubhaft machen will. Es ist alles quasi vor der Haustüre, und ja, das ist übrigens auch adressiert an die Kolleginnen hier auf der linken Seite. Und erklären Sie weiter, was wissenschaftlicher Konsens ist. Das stört mich, hier werden Argumente hin und her geschossen. Erklären sie, was der wissenschaftliche Konsens ist, denn dieser besteht bei diesem Thema, und erklären Sie, was die Auswirkungen des Klimawandels sind. Dann können Sie nämlich auch erklären, warum Sie gegen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse versuchen anzukämpfen. Da hilft Ihnen ein einzelner Medienbericht auf SRF nicht weiter. Ja, es ist keine einfache Diskussion, und es ist mir auch bewusst, dass wir das Problem nicht hier im Rat alleine lösen können, doch das Gesetz ist ein wichtiger Schritt. Sagen Sie bitte Ja zu Netto-Null 2040, weil wir hier genau «lifere» und nicht «lafere» sollten. Da haben wir im Kanton auch den Hebel, vor allem im Gebäudebereich oder im Verkehr. Es wurden bereits zuvor genügend Möglichkeiten aufgezählt. Es ist möglich. Besten Dank.

*Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), spricht zum zweiten Mal: Ich gebe Ueli Bamert recht, auch meine Notizen sind inzwischen ausufernd, auch ich muss ein bisschen schauen, den Überblick zu behalten. Aber ich gebe Ueli Bamert nicht recht, wenn er unseren KEVU-Präsidenten angreift, insbesondere dann, wenn er seine Interessenbindung als Lobbyist nicht bekannt gibt und sagt, wir können das Ganze nicht. Ich glaube, lieber Ueli, du willst auch nicht Erdölvertreter genannt werden – das nur nebenbei.*

Wir sind sehr wohl realistisch, beziehungsweise rational unterwegs. Ich bin ein bisschen älter als Thomas Wirth und kann entsprechend auch noch etwas erzählen aus den 80er-, 90er-Jahren, was er vielleicht weniger kann. Er kennt es nur aus Beschreibungen. Ich habe es hier drin schon x-mal gesagt und will es nicht nochmals sagen, um mich grösser zu machen, aber ich bin seit 1987 – das war nicht gestern, das war nicht vorgestern, das war vorgestern – an diesem Thema dran. Also man kennt diese Themen, sie sind entsprechend auch nicht neu. Wenn Sie von der rechten Ratsseite, also SVP, FDP, sagen, wir handeln jetzt völlig überhastet, man könne in dieser kurzen Zeit eh nichts ändern. Warum können wir das nicht in dieser kurzen Zeit ändern? Weil Sie über Jahrzehnte einfach das Problem negiert haben und Sie negieren es jetzt immer noch. Sie sind hier nicht realistisch.

Und zu Ihrer Frage, die Sie immer wieder in den Raum stellen: Ja, es ist so, weil wir über Jahrzehnte nichts gemacht haben, gibt es am Anfang wahrscheinlich einen Wohlfahrtsverlust. Wir können und müssen teilweise den Gürtel enger schnallen, wir müssen schlauer werden und wir müssen schneller werden darin, was das Ganze bedeutet. Insgesamt werden wir aber daraus einen Gewinn ziehen. Herr Weidmann hat mit seinem Wasserzerstäuber ein schönes Beispiel gebracht, dass, wenn es brennt, das mit dem Wasserzerstäuber nichts nützt. (*Zwischenrufe*) Urs Wegmann, Entschuldigung, falscher Name, eben mein Durcheinander in meinen Notizen, nicht in meinem Kopf. (*Heiterkeit*) Ein einzelner Wasserzerstäuber nützt effektiv nicht sehr viel, wenn es brennt. Urs Wegmann gibt mir wahrscheinlich recht, hätten wir vorher unsere Wälder – oder auch in Kalifornien – besser gepflegt – und nicht nur mit einer Person und einem Wasserzerstäuber, sondern eine Million, eine Milliarde –, wenn wir alle etwas getan hätten, um die Wälder zu benetzen, um bei dieser Metapher zu bleiben, dann hätte es wahrscheinlich erst gar nicht gebrannt. Wir wollen alle, dass es in Zukunft weniger brennt, hier in der Schweiz und international, damit der Wohlstand nicht massiv abnimmt, sondern nur ein bisschen abnimmt, um dann wieder durchstarten zu können. Ich glaube, das muss in unserem Interesse sein. Unser Handeln ändert etwas. Wenn Sie Ihren Kindern sagen müssen – ich habe keine Kinder –, eigentlich hätte ich einen Wasserzerstäuber gehabt, aber ich habe ihn nicht angewendet. Warum machen Sie dann noch Politik, wenn Sie nicht handeln? Wenn wir wissen, wir haben ein Problem und nicht handeln, dann machen wir uns – irgendjemand hat gesagt, es war Herr von Euw, wir würden ein Verbrechen begehen oder wir handelten verbrecherisch –, das ist verbrecherisches Handeln, wenn wir besseren Wissens nichts machen. Und ich rufe Sie nochmals auf – Sie haben ja gesagt, wir sollten zusammen etwas machen –, ich rufe Sie nochmals auf, zusammen mit uns etwas zu machen, zumindest in kleinen Schritten vorwärtszugehen. Sie machen nicht einmal die kleinen Schritte. In

diesem Sinne hoffe ich doch schwer, dass Sie es sich nochmals überlegen und das Referendum nicht ergreifen. Besten Dank.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Auf den letzten Redner angesprochen, möchte ich doch noch erwähnen, dass das hinten und vorne nicht stimmt, was er sagt. Man könnte meinen, der Kanton Zürich oder auch die Schweizerische Eidgenossenschaft habe in den letzten Jahren gar nichts gemacht. Wir haben Milliarden und Abermilliarden ausgegeben. Das fing mit den Rauchgasreinigungen in den Haushalten mit Gasbrennern an, die Industrie hat umgeschaltet. Wir haben ja den Glühbirnenwahnsinn durchgespielt nach dem Motto, «Wir retten jetzt die Umwelt», wir schmeissen alle Glühbirnen raus für Millionen und Abermillionen von Franken. Wir haben unsere Staubsauger schlechtgemacht, damit wir nicht mehr Strom brauchen. Wie gesagt, alleine der Kanton Zürich hat in den letzten 15 Jahren 18 Milliarden Franken ausgegeben für solche direkten oder indirekten Umweltschutzmassnahmen. Also hier zu behaupten, der Kanton Zürich oder die Schweizerische Eidgenossenschaft mache nichts, ist völlig falsch. Wenn Sie die Brände in Los Angeles ansprechen, das ist tragisch. Aber zu Ihrer Beruhigung, man ist schlussendlich von der Klimaerhitzung abgekommen, denn es waren ja Brandstifter. Also man hat diejenigen verhaftet, da nachweislich fahrlässig gehandelt wurde, dass Brandstiftung die eigentliche Ursache war und nicht der Klimawandel. Man kann selbstverständlich das Klima auch nicht schützen, aber wir können zur Umwelt Sorge tragen. Das ist ein ganz anderer Stiefel.

Noch zu «lifere statt lafere»: Mein Bruder und ich haben in den letzten 3 Jahren über 900'000 Franken in unsere beiden Mehrfamilienhäusern investiert, Erdsonden und Isolationen. Also von «nichts machen» kann hier nicht die Rede sein. Wir mussten 2 Jahre warten, bis wir das machen konnten. Zurzeit ist der Markt überhitzt. Es gibt mehr Nachfrage als Firmen, die das fachgerecht und sauber machen können. Wir mussten zweieinhalb Jahre warten, bis wir das machen konnten. Uns vorwerfen, wir machen nichts, ist falsch, wir haben fast 1 Million in die Hand genommen. Ich kann Ihnen sagen, wir können die Kosten nicht 1 zu 1 unseren Mieter und Mieterinnen überwälzen. Da tragen wir vieles selber, doch uns war das ein Anliegen. Also hören Sie auf, da schwarzzumalen. Es wäre nur schon der Menschheit gedient, wenn alle Linksgrünen, die das fordern, die das der Allgemeinheit aufs Auge drücken, das selber mal umsetzen würden. Glauben Sie mir, wir hätten morgen 2 Grad kühler.

*Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen):* Ich habe jetzt lange zugehört und mir sehr viele Notizen gemacht. Es wurde so viel gesagt, doch es bringt nichts.



Es wurde gesagt, dass es Lösungen gebe, es gebe Lösungen, wie man das Problem lösen könne. Ich frage mich einfach, können wir diese Lösungen auch in der geforderten Zeit implementieren? Ich bin ganz dezidiert dafür, dass wir Umweltschutz durch Innovationen machen. Das ist die Stärke der Schweiz. Darin sind wir gut. Innovationen, das wissen wir alle und das weiss auch die Welt, die brauchen Zeit. Da sind wir dran, weil wir es fordern. Nach den Innovationen aber brauchen wir Zeit, bis sie zur Anwendung kommen. Ich sage einfach Zertifizierungen, Gesetzgebung und so weiter; es braucht Zeit. Nur schon deshalb lohnt es sich zu warten, sonst brauchen wir die Innovationen eben nicht mehr, wenn wir dies zu früh fordern. Da kann ich nur sagen, das ist kontraproduktiv. Es werden Beispiele gebracht wie die Brände in den USA und überall, aber nur nicht in der Schweiz. Sie führen Probleme an, die wir nicht hier haben, sie bringen Probleme aus dem Ausland. Da sage ich Ihnen, das können wir hier in Zürich nicht lösen, auch nicht, wenn wir jetzt sagen, wir möchten das Gesetz in 10 Jahren einführen. Das hilft nicht. Das schadet nur. Das wollen wir vermeiden.

Ich will unbedingt auch noch sagen, dass es wirklich, wirklich wichtig ist, dass wir den Schulen, den Hochschulen die Zeit geben, dass wir den Unternehmen die Zeit geben, die es braucht, damit wir eben auch das Energiegesetz einhalten können, denn sonst passiert das, was wir nicht wollen, dann kaufen wir CO<sub>2</sub>-Zertifikate aus dem Ausland, nur damit wir auf dem Papier dort stehen, wo Sie glauben, zu stehen. Das ist kontraproduktiv. Lassen wir uns Zeit. Wir wollen alle, dass wir das Energiegesetz erreichen, aber geben Sie uns bitte die Zeit, die wir dazu benötigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* An dieser Stelle möchte ich noch die Schule Buechwis in Benglen, die dritte Sekundar-Wahlfachgruppe recht herzlich bei uns begrüssen. Schön, dass ihr das seid.

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), spricht zum zweiten Mal:* Ich spreche selbstverständlich nicht als Kommissionspräsident. Ein Geschäft ist dann aus der Kommission entlassen, wenn die erste Lesung vorbei ist. Dann fühle ich mich sehr frei, mich zu einem Geschäft zu äussern. So habe ich das heute auch getan. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, ich habe inhaltlich nicht besonders viel gesagt, was nicht im Gesetz steht. Ich habe einfach in Erinnerung gerufen, was da steht: bis 2040, spätestens 2050. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel gesetzt mit diesem Gesetz, wissen, dass es ehrgeizig ist, wollen aber, dass wir 2050 wirklich bereit sind. Das habe ich ausgeführt. Das scheint Ihnen etwas Sorge zu bereiten. Sie haben ja auch gesagt, es sei eine absurde Fixierung auf eine Jahreszahl. Nun, Sie machen das Referendum wegen einer Jahreszahl. Sind jetzt Sie absurd oder wer genau?

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal:* Das wird ein langer Abend, so oft meine Kinder erwähnt wurden, da muss ich mit ihnen die ganze Debatte schauen. Aber ich schätze das sehr, die einen Antworten waren wirklich gut, ich nehme sie auf. Ich muss es noch ein bisschen in eine Bildersprache hineinpacken, dass es mir dann wirklich klar ist, also Auto durchgestrichen und Flugzeug durchgestrichen.

Von der Mitte bin ich ein bisschen enttäuscht, dass sie hier mitmacht. Thomas Anwander, der grosse Wirtschaftsmann, sagt hier drin im Saal, es sei ein Kompromiss, es sei ideologieneutral. Nein, was sie heute machen, Sie stimmen mit den extremen Linken für den 2040-Antrag. Das ist extrem, das ist doch kein Kompromiss. Sie sind hier ideologisch. Wir versuchen Fakten zu bringen. Die Fakten sind, wenn ich es sagen darf, heute sind 61 Prozent der Heizungen Öl oder Gas. Ich will dann sehen, wie das 2040 ist, wie das Ueli Bamert richtig gesagt hat. Oder in 117 Gemeinden im Kanton Zürich dominieren Ölheizungen. Das gibt einen wahnsinnigen Umbau auf 2040. Oder Elektroautos, ich fahre schon lange eines, das sind aber nur 5 Prozent. Die wechseln Sie alle bis 2040. Dafür müssten Sie aber wohl irgendwie all die Haushalte und Familien subventionieren, damit die das dann auch machen. Und wenn der Strompreis gleichzeitig noch teurer wird, wird der Umstieg noch viel schwieriger.

Dann wurde ich von Herrn Bärtschiger angesprochen, ich solle handeln. Es war eine schöne Rede, sie hat mir gefallen, hat mich inspiriert. (*Heiterkeit*) Nein, das meine ich ernst, aber ich habe mir überlegt, was ist mein Handeln. Mein Handeln ist, dass ich seit Jahren den Atomstrom befürworte. Ich frage mich, wenn die Klimakrise die wesentliche Krise ist, dann will ich wissen, okay, warum hat man dann nicht vor 10, 20 Jahren mehr in die Atomstromenergie investiert. Dann ist es doch viel weniger schlimm, wenn man damit eine Klimakrise verhindern könnte. Das ist mein Handeln. Ich möchte genügend Strom, die alle Haushalte zu einem günstigen Preis erhalten. Ich möchte nicht Luftschlösser bauen für meine Kinder, mit dem Wissen, dass sie dann Wohlstandverlust haben 2040. Ich will keinen Wohlstandverlust für meine Kinder.

Und Manuel Sahli, das Reisen: Sie haben es ein bisschen wie einen Sport oder ein Hobby beschrieben. Wissen Sie, auch wenn ich in der SVP bin, bin ich doch sehr international unterwegs; meine Familie lebt verteilt über den Globus. Also darf ich meine Familie in Amerika, meine Eltern, nicht mehr besuchen? Das ist ihr Plan. Selbstverständlich gehe ich mit den Kindern wandern. Ich erziehe meine Kinder sehr wohl im Umweltschutz. Stellen Sie sich das vor. Ich versuche sie Bescheidenheit zu lernen, dass sie nicht übermässig konsumieren, dass wir mit den Ressourcen sorgfältig umgehen. Für mich ist

Klimaschutz eben Umweltschutz. Das betreibe ich. Und wenn jedes Land Umweltschutz betreiben würde, hätten wir das ganze Klimaproblem im Griff. Dann würde Deutschland keine Braunkohle abtransportieren und verbrennen. Reden Sie doch vom Umweltschutz, da sind wir uns sogar vielleicht einig. Aber hören Sie auf mit diesem globalen Klimaschutz-Getue, das am Schluss, wenn Sie dieses Gesetz hier annehmen, wir alles ändern würden. Das ist einfach Schwachsinn. Das wollte ich noch gesagt haben.

*Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Tobias, ich glaube, wenn du mich angesprochen hast wegen meiner Sympathie zu diesem Gesetz folgender Hinweis: Ich habe in der Maschinenindustrie gearbeitet. Ich habe gesehen, was unsere Ingenieure konnten; sie haben Maschinen entwickelt, die über 10 Jahre 30 bis 40 Prozent weniger Energie verbraucht haben. Vielleicht rührt mein Optimismus daher, dass ich näher bei den Ingenieuren war als bei der Finanzwirtschaft.

*Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht ein zweites Mal:* Zuerst möchte ich Ueli Bamert kompensieren, er sei in der Öl-Lobby, hat es vorhin geheissen, ich selber verkaufe und installiere – oder meine Firma – Solaranlagen, Photovoltaik-Anlagen. Also Sie können beruhigt sein, wir ergänzen uns wunderbar.

Aber ich stelle immer wieder fest, Sie verkennen den Inhalt dieser Diskussion. Wir haben 2050 gar nie in Frage gestellt – darüber hat die Bevölkerung abgestimmt. Wir stellen in dieser Debatte 2050 gar nicht zur Diskussion. Wir haben das Problem, dass Sie den Zürcherinnen und Zürchern 40 Prozent der Zeit wegnehmen, um sich neu zu disponieren. Ich glaube an die Schweizer Industrie, ich glaube, dass die Schweizer Industrie innovativ ist, aber wenn man am Gras zieht, wächst es nicht schneller, wenn die Ressourcen in unserer Arbeitswelt da draussen fehlen, um Strom zu produzieren, um Strom zu übertragen und den Strom schlussendlich so zu verbrauchen, wie wir es sollten, wenn das alles fehlt, wenn das Gewerbe hinten und vorne nicht nachkommt, da können Sie noch so gut sein in der Industrie. Es wird einfach nicht gebaut. Gut.

Wir machen halt ehrliche Politik, wir stellen keine Transparente auf und sagen dann ja, jetzt geht es doch nicht. Ich gebe Ihnen ein aktuelles Beispiel: Im letzten Frühling hat Ihre Seite von hochalpinen Solaranlagen geschwärmt; das sei die Lösung. Die AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) hat jetzt das Ganze etwas relativiert und hat die Produktion etwa um 92 Prozent reduziert, weil es scheinbar nicht geht. Ich verspreche Ihnen – und darum sage ich plakativ –, das, was Sie sagen, das ist nicht erhärtet, das ist eine Idee. Sie sprechen von Lösungen, ich sage denen Ideen. Eine Lösung ist eine

Idee mit einem Plan, wie man sie umsetzen will. Doch Sie haben keinen Plan, Entschuldigung. Wenn ich Herrn Umweltingenieur Rensch zuhöre, er sagt, ich habe die Lösung, wir kaufen nach 9 Jahren ein neues Elektroauto und wir wechseln noch unsere Heizung aus. Ich bin nicht Umweltingenieur, aber ich kann mir auch vorstellen, dass ich mit dieser Idee zum Ziel komme. Nur, wer macht es? Wir haben diese Ressourcen nicht. 1000, über 1000 E-Ladestationen pro Woche bis ins Jahr 2040, 11'000 Heizungen pro Jahr inklusive der Neubauwohnungen und Häusern. Da brauchen Sie keine Idee, da brauchen Sie eine vernünftige Strategie, keine Plakate und dann kommen wir zum Ziel. Vorhin hat jemand gesagt, ja, wir könnten auch 2026 machen. Ja das stimmt. Diese Diskussion kommt mir genauso vor, denn, wenn wir das nicht erreichen, dann sagen Sie, die Rechte hat aus diesen und diesen Gründen geschlafen. Das sagen Sie jetzt schon, das werden Sie uns dann auch 2030 sagen, Sie seien innovativ und wir die Penner. Das ist dann aber nicht so, sondern wir sind die, die eine vernünftige Strategie wollen und keine plakative Strategie. Daher bin ich froh, dass die Bevölkerung darüber abstimmen kann, und ich bin überzeugt, ich bin überzeugt, dass dieses Drehen an der Schraube, das erneute Drehen, dass dies die Bevölkerung nicht mehr goutieren will, denn Sie drücken die Bevölkerung, Sie drücken sie in ein Korsett, Sie nehmen ihnen damit viel Geld weg, es wird teurer, das Gleiche in weniger Zeit zu produzieren als in einer längeren Zeit. Darum wird es teurer, und wir geraten in die Gefahr, in die wiederholte Gefahr von zu wenig Strom.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Man kann sagen, es gibt bei der Klimaleugnung fünf Stufen, oder wenn Sie wollen, man kann auch sagen, es gibt fünf Stufen von Menschen, die jegliche Massnahmen zum Klimaschutz ablehnen. Die erste Stufe ist, wenn die Leute sagen, es wird gar nicht wärmer, die Messungen stimmen nicht. Von denen gibt es heute nicht mehr so viel; die gab es aber in den 80er-Jahren zuhauf.

Stufe zwei: Ja gut, es wird zwar wärmer, aber damit hat der Mensch nichts zu tun. Also die sagen, der menschliche Einfluss auf das Klima, der ist inexistent, es wurde so oder so schon wärmer, ohne den Menschen.

Stufe drei: Ja, es sei zwar so, dass der Mensch den Klimawandel verursacht hat, es wird wärmer, aber es ist alles gar nicht so schlimm. Das haben wir heute auch schon gehört.

Stufe vier: Ja okay, es ist zwar der Mensch, es wird wärmer und es ist tatsächlich schlimm, aber man kann nichts machen. Ja, man würde ja schon, aber es geht einfach nicht.

Und was ist die Stufe fünf? Jetzt ist es zu spät, sagen sie dann. Das ist die Stufe fünf. Und ich habe heute von Ihnen schon verschiedenste solcher Voten gehört.

Ich habe letztens eine Publikation gelesen von James E. Hansen, einem sehr bekannten Klimawissenschaftler aus dem Jahre 1981, um einfach mal zu sehen, wie die Stimmung damals war. Es ist also bemerkenswert, wie viel er schon wusste und dargestellt hat 1981. Deshalb, liebe SVP, hier haben Sie schon ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Sie hier jetzt so gross auftreten und sagen, wir sind die, die das machen und das Klima schützen wollen. Also, dafür hätten wir also viel Zeit gehabt, für diesen Klimaschutz. Doch nehmen wir nicht 1981, sondern 1900, seit 1990 sind doch einige Jahre vergangen, da hätte man Zeit gehabt, um wirklich Fortschritte zu machen. Es wurden immer wieder ambitionierte Ziele diskutiert, vor allem ambitionierte Massnahmen auf politischer Ebene, und manchmal gab es eine Mehrheit dafür und manchmal gab es keine Mehrheit dafür und es wurde abgelehnt. Deshalb, wenn man damals Massnahmen getroffen hätte, zum Beispiel einen wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis oder was auch immer, dann wären wir heute natürlich deutlich weiter, das heisst, all jene, die jetzt sagen, das ist völlig überhastet, das wäre ja nur dann glaubwürdig, wenn Sie sich bisher sehr engagiert hätten für diesen Klimaschutz. Falls Sie das haben, ich habe es zumindest nicht gemerkt.

Worüber wird heute abgestimmt? Ich habe den Eindruck, es ist jetzt einfach in eine ganz grundsätzliche Klimadebatte, fast schon in einem Kulturkampf ausgeartet, aber es ist eine Gesetzesänderung des Energiegesetzes, und diese Gesetzesänderung enthält keine Verbote. Es enthält den Auftrag, das ist der wichtigste Punkt, die wichtigste materielle Änderung, es enthält einen Auftrag an Kanton und Gemeinden, ihr Beschaffungswesen im Sinne der Klimaziele zu nutzen, das heisst, Sie sollen beim Bau darauf schauen, dass sie möglichst versuchen, die grauen Emissionen zu reduzieren, sie sollen auf ihren eigenen Gebäuden Solaranlagen installieren, sie sollen ihre eigenen Gebäude sanieren und vielleicht Elektromobile beschaffen anstatt Verbrennungsmotoren und vor allem der wichtigste Punkt – das ist mir persönlich vor allem wichtig –, die Gemeinden und der Kanton sollen das Beschaffungswesen nutzen, um ökologische Innovationen voranzutreiben. Was heisst das konkret? Es gibt viele Firmen, die bieten interessante ökologische Lösungen an. Teilweise aber, wenn es ein neues Produkt ist, ist es noch nicht ganz so gut, es ist noch nicht ganz marktreif, es ist vielleicht noch etwas teurer. Was diese Firmen brauchen, ist Nachfrage, auch wenn es noch gar nicht viel ist, die Stückzahlen müssen noch nicht gross sein. Jede Firma, die ein neues Produkt auf den Markt bringt, braucht in erster Linie mal Nachfrage, damit sie Erfahrungen sammeln kann. Genau das können Gemeinden und der Kanton tun, indem sie sagen, wir bestellen Nachhaltigkeit, wir bestellen Klimaschutz, dann haben Firmen die Möglichkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu liefern. Das steht in diesem Gesetz. Die anderen Dinge,

die hier gesagt wurden, stehen nicht im Gesetz. Was im Gesetz noch steht, ist das Ziel. Ich möchte nochmals kurz vorlesen, auf welches Ziel Sie sich geeinigt haben. Da steht, in Paragraf 1a, Klimaziel: «Die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich ist bis 2040, spätestens aber bis 2050 zu erreichen.» Also für mich klingt das nach einem Kompromiss. Es erinnert mich sehr stark an die Formulierung, die wir in der Klimastrategie verwendet haben. Dass die Politik Ziele setzt, ist übrigens nichts Aussergewöhnliches. Gewisse dieser Ziele werden erreicht, andere werden nicht erreicht. Wir hoffen jetzt in diesem Falle, dass es erreicht wird. Ein Beispiel, das Veloweggesetz, über das die Bevölkerung abgestimmt hat vor einigen Jahren, enthält das Ziel, dieses Velowegnetz in der ganzen Schweiz bis 20 Jahre nach in Krafttreten, das heisst, bis 2042 zu erreichen; das hat man so bestimmt, das steht im nationalen Veloweggesetz. Ob das jetzt heisst, dass dann diese Velowege tatsächlich bis 2042 umgesetzt sind, werden wir noch sehen, aber es ist ein Ziel und es ist ein sehr ambitioniertes Ziel, und es heisst, dass man daran arbeiten muss, um das umsetzen zu können.

Was natürlich stimmt, ist, dass der Kanton Zürich nicht alleine die Möglichkeit hat, um dieses Ziel zu erreichen, denn Klimaschutz ist eine Verbundaufgabe. Es gibt nicht ein einzelnes Land, irgendeinen einzelnen Kanton, eine einzelne Firma oder eine einzelne Privatperson, die das erreichen kann. Man kann es nur erreichen, wenn eine genügend grosse Menge an Staaten, Firmen und Einzelpersonen in diese Richtung zusammenarbeiten. Es gibt einzelne Firmen, die haben ein Netto-Null-Ziel, auch grosse global tätige Firmen haben Netto-Null-Ziele, auch diese hängen davon ab, dass auch die Technologie vorangeht und dass die anderen auch mitziehen. Ob es dann gesamthaft weltweit reicht, das kann niemand sagen, aber es ist sicher sinnvoll, dies auszuprobieren.

Noch ganz kurz: Sie haben gesagt, es sei ja völlig unklar, wie das zu erreichen sei. Sie können einen Blick in die Klimastrategie werfen. Zwei Drittel, also der grösste Brocken unserer Emissionen, sind Verkehr und Heizungen. Bei den Heizungen sind wir sehr gut unterwegs. Sie können sich das auf der Webseite anschauen, wie sich die Emissionen der Zürcher Heizungen entwickeln. Dank des Energiegesetzes geht es da steil nach unten. Bei den Fahrzeugen ist es viel schwieriger, allerdings sehe ich grosse Fortschritte im Bereich der Batterietechnik der Elektromobile. Ich gehe davon aus, dass diese über die Zeit, in den nächsten Jahren nochmals günstiger werden, und hoffe sehr, dass dann dieser Umstieg auf Elektromobilität endlich vollzogen wird. Damit haben wir zwei Drittel, also den grössten Teil, ohne eine einzelne Einschränkung für einzelne Personen ersetzt, denn ganz ehrlich, ob Sie jetzt mit einem Elektroauto fahren oder nicht, das können Sie mir nicht als Einschrän-

kung verkaufen. Das weitere Drittel zu reduzieren wird deutlich komplizierter. Wir haben hier noch die Kehrrechtverbrennungsanlagen, hier braucht es Carbon, Capture and Storage (*CO<sub>2</sub>-Speicherung*). Das ist das, was kostet. In der Landwirtschaft ist es im Moment noch offen, ob und wie das angegangen werden kann. Bei der Industrie wird es so sein, dass man alle Gasanwendungen, wo es technisch möglich ist, auf Strom umstellt oder dann, wenn möglich, durch Wasserstoff ersetzt. Dieser Teil ist natürlich auch noch schwierig. Dann braucht es NET, Negative Emission Technologies. Die braucht es, um noch den ganzen Rest, nämlich das, was man noch nicht geschafft hat, der Atmosphäre wieder zu entziehen oder irgendwo direkt abzuscheiden. Das sind die Massnahmen. Sie sehen, die zwei Drittel, die sind die normale Dekarbonisierung, Gebäude und Verkehr. Das ist der einfache Teil. Der schwierigere Teil, in den müssen wir noch sehr viel investieren. Das Ziel ist aber genügend flexibel formuliert: Es steht ja, spätestens 2050. Deshalb sehe ich das als grundsätzlich machbar an.

Ich weiss nicht, warum sie immer wieder den Vorwurf einbringen, man wolle hier die Welt retten. Es geht um nichts anderes, als einen Beitrag zu leisten an die Lösung eines globalen Problems. Das kann der Kanton Zürich tun. Er kann sich ein Ziel setzen, so oder anders. Ich bitte Sie deshalb, diesem Gesetz zuzustimmen. Besten Dank

#### *Detailberatung*

##### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

#### *I. Das Energiegesetz vom 19. Juni 1983 wird wie folgt geändert:*

##### *§ 1, 1 a*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

##### *Titel vor § 8a, Titel nach § 8d*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

##### *§§ 8f, 8g, 8h, 8i*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

##### *Titel vor Gliederungstitel*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*§ 14 a*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Titel vor § 17*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*II. Das Kantonsratsgesetz vom 25. März 2019 wird wie folgt geändert:*

*§ 81*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*III., IV, V*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

*Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 97 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5921b zuzustimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

**7. Planungs- und Baugesetz, Fassaden sowie Glas- und Fensterflächen**

Antrag der Redaktionskommission vom 12. November 2024

KR-Nr. 229b/2020

*Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat auch diese Vorlage geprüft. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass wir bei dieser Vorlage eine Änderung beim Betreff vorgenommen haben, und Sie fragen sich vielleicht, weshalb.

Die Redaktionskommission prüft nicht nur die Vorlage und den Gesetzestext selbst, sondern die gesamte Vorlage, wie sie danach zur Abstimmung



kommt. Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen geht es darum, dass die Vorlage später auch gut nachvollzogen werden kann. Wenn man die Gesetzesänderungen später nachvollziehen will, braucht es entsprechend auch beim Betreff eine klare Spezifizierung. Der zweite Grund, falls es zu Referenden kommt, braucht es einen Titel und einen Betreff, der eindeutig ist und spezifiziert genug, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen, worüber sie abstimmen.

Mit diesen beiden Voraussetzungen im Kopf hat die Redaktionskommission den Betreff noch einmal genau angesehen und festgestellt, dass «Vogel-schutz» im Betreff fehlt. Der Antrag der Kommission hat dieses Wort jedoch noch enthalten. Entsprechend haben wir diese Änderung vorgenommen, und die Vorlage ist nun spezifiziert genug. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

#### *Detailberatung*

##### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I. Das Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 wird wie folgt geändert:*

##### *§ 239*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

##### *II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

#### *Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 129 : 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage KR-Nr. 229b/2020 zuzustimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **8. AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO / AXPO: Versorgung der Eigerkantone stärker gewichten**

Antrag des Regierungsrates vom 4. Oktober 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 4. Juni 2024

KR-Nrn. 331a/2022 und 332a/2022

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Ich spreche als Kommissionspräsident, es geht um zwei dringliche Postulate.

Mit dem ersten wurde der Verwaltungsrat der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) eingeladen aufzuzeigen, wie die EKZ die von der AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) produzierte Elektrizität direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher und -verbraucherinnen einsetzen können. Das zweite Postulat hat inhaltlich das gleiche Anliegen, wählt aber einen anderen Weg, um das Ziel zu erreichen: Der Regierungsrat und der Verwaltungsrat der EKZ sollen im Rahmen ihrer Beteiligung an der AXPO daraufhin arbeiten, dass inländisch produzierte Elektrizität der AXPO direkt und zu Gestehungskosten an die gebundenen Endverbraucher und -verbraucherinnen der Eigerkantone verkauft wird.

Der Regierungsrat verfasste zu den beiden Postulaten einen gemeinsamen Bericht unter engem Einbezug der EKZ. Darin zeigt er die energie- und wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen auf, die auf Bundesebene gelten und die für dieses Anliegen einigermaßen einschränkend sind. In diesem vorgegebenen Rahmen prüfen die EKZ verschiedene Massnahmen, um das Anliegen zu erfüllen. Bereits in diese Richtung geht, dass sie mit der AXPO langfristige Verträge für die Beschaffung von Elektrizität abgeschlossen haben.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt Ihnen einstimmig, die beiden dringlichen Postulate abzuschreiben.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Diese beiden Postulate stammen aus einer Zeit, in der Europa und die Schweiz stromversorgungstechnisch ziemlich in Rücklage gekommen waren und damit die Strompreise förmlich explodierten. Dieser für die Schweiz unbekanntes Umstand der Gefahr von zu wenig Strom liess die Postulantinnen und Postulanten vermutlich aktiv werden, was ja so weit verständlich ist. In diesem Zusammenhang macht eine Auslegung über die Strombeschaffung im Kontext mit den Eigentumsverhältnissen zwischen dem Kanton Zürich, den EKZ und der AXPO Sinn. Das Beschaffungswesen ist ja nicht immer ganz durchsichtig.

Die Antwort des Regierungsrates zeigt auf, dass in jeder Situation für den Energiehandel das Primat dieses öffentlichen Beschaffungswesens zählt, obwohl diese Diskussion im Fall einer Strommangellage, also im Fall von zu wenig Strom, nicht wirklich zielführend ist. Was allzu oft vergessen geht, ist, dass jede Stromleitung nur einen Strom transportieren kann. Ob dieser gelb, rot oder blau beziehungsweise durch die AXPO oder BKW (*Berner Kraftwerke*) oder sonst jemanden ins Netz der EKZ geliefert wird, ist dabei irrelevant. Folglich wird auch eine Stromzuordnung im Netz oder eine physikalische Stromlenkung nicht möglich sein. Im Fall von zu wenig Strom hat der oder die Strom, welche am nächsten von der Produktionsstelle den Strom beziehen möchte.

Ich danke der Regierung in diesem Sinne für die Auslegung der buchhalterischen Beschaffungsmöglichkeiten. Wir schreiben ab.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Im Herbst 2022 war die Energiekrise auf dem Höhepunkt. Die AXPO musste unter den Rettungsschirm. Dies kostete dem hohen AXPO-Management ihre Boni, den sie sich bekannterweise wieder zurückgeholt haben, aber die Probleme mit der Marktexposition der AXPO wurden relativ deutlich. Wir haben uns damals, zusammen mit anderen Parteien, gefragt, wie man in Zukunft verhindern kann, dass die AXPO erneut unter einen Rettungsschirm muss. Der Kanton Zürich besitzt über ein Drittel der AXPO, des grössten Stromproduzenten der Schweiz. Mit der EKZ besitzt der Kanton Zürich ebenfalls einer der grössten Verteilnetzbetreiber der Schweiz und damit auch viele gebundene Kunden.

Die Forderung war, dass die EKZ bei der AXPO langfristig Energie beschaffen sollen, um so die Marktrisiken sowohl für die AXPO- als auch für die EKZ-Kunden zu reduzieren. Die Antwort der Regierung zeigt, dass diese Forderung möglich ist und umgesetzt werden kann, damit die Marktexpositionsrisiken sowohl für die AXPO wie für die EKZ reduziert werden können. Die EKZ haben auch entsprechend gewisse Verträge abgeschlossen. Es bleibt aber die Frage, ob da die EKZ nicht noch mehr auf die Karte «Zusammenarbeit mit der AXPO» setzen könnten. Aus Sicht des Kantons Zürich macht es sicherlich Sinn, wenn er durch seine verschiedenen Beteiligungen im Elektrizitätsbereich mit anderen zusammenarbeitet und die Synergien nutzt. Das Postulat kann aus unserer Sicht abgeschrieben werden.

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Die FDP ist mit der Abschreibung der beiden Postulate einverstanden. Sie fordern im Kern, dass die Stromproduktion und die Verteilung im Netz wieder enger miteinander verknüpft werden. Die EKZ sollen künftig den Strom bei der AXPO beziehen beziehungsweise diese dem Kanton Zürich abliefern. Aber Verpflichtungen sind nicht immer

von Vorteil und schon gar nicht, wenn es sich um unternehmerisch agierende Organisationen handelt. Diese Ideen teilte die FDP schon von Anfang an nicht. Wir nehmen die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis und hoffen, dass mit der Abschreibung der Postulate auch die Ideen der Abschottungspolitik im Strommarkt und des Stromprotektionismus beerdigt werden. Danke.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Wir werden die beiden Postulate abschreiben und sind mit den Antworten des Regierungsrates und der EKZ zufrieden.

An die Vertreter und Vertreterinnen der SVP, EVP und der Mitte, gerne möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Im Energiegesetz, über welches wir vorhin so lange debattiert haben (*Vorlagen 5921*), haben die SP und die Grünen ebenfalls gefordert, dass Schweizer Strom bevorzugt in der Schweiz genutzt wird. Leider sind wir dabei auf taube Ohren gestossen. Wir begrüßen es sehr, dass die EKZ langfristige Verträge mit der AXPO eingehen. Dieses Vorgehen wird auch in der Energiestrategie der EKZ entsprechend festgehalten. Wenn die Börsenpreise deutlich unter den Produktionskosten der Schweiz liegen, dann müssen auch die Parteien, die in der Krise mit den massiv hohen Ausschlägen zum sicheren Hafen zurückwollen, dazu stehen, denn Preissicherheit führt dazu, dass mehr Kraftwerke aus erneuerbaren Energien in der Schweiz realisiert werden können. Betreffend zweites Postulat, welches wir nicht mitunterzeichnet haben, zeigt der Regierungsrat auf, dass die Netzbetreiber keine bevorzugte Behandlung erwarten können, es sei denn, sie beteiligen sich an den Kraftwerken selbst, tragen alle Kosten mit und nehmen ebenfalls ihren Stromanteil ab, auch wenn dieser anderswo günstiger zu beziehen ist. Solche Beteiligungen begrüßen wir Grüne. Auch die Energiestrategie sieht vor, dass sich die EKZ ambitionierte Ziele hinsichtlich des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien setzen sollen.

*Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich):* Besten Dank für den Bericht zu diesen zwei Postulaten. Darin wurde festgehalten, dass die EKZ verschiedene Möglichkeiten prüfen, um die Anliegen aus den Postulaten zu erfüllen. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg dabei und sind gespannt auf die Resultate aus dieser Prüfung. Wir sind uns jedoch bewusst, dass uns die Themen rund um EKZ, AXPO und Stromversorgung weiter intensiv beschäftigen werden, unter anderem auch durch die Tatsache, dass der neue Aktionärsbindungsvertrag mit der AXPO weiterhin nicht vorliegt. Die Mitte-Fraktion ist mit der Abschreibung dieser beiden Postulate einverstanden.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* «Du kannst dich nicht auf deine Augen verlassen, wenn deine Vorstellungen unscharf sind.» Als Brillenträger kann ich diesen Spruch von Mark Twain (*US-amerikanischer Autor*) unterstützen und bin gleichzeitig froh, dass wir als EVP in puncto Stromversorgung keinerlei Sehschwächen zu beklagen haben und diese Ziele glasklar sehen. Die Stromversorgung muss sicher sein, umweltfreundlich, möglichst aus einheimischen Quellen erzeugt und fair in der Preisgestaltung.

Der Kanton Zürich mit mehr als einem Drittel Anteil am grössten Stromproduzenten der Schweiz und als Eigentümer der EKZ darf erwarten, dass eine gewisse Liefersicherheit in der Stromversorgung gewährleistet wird und die eigenen Kantone bezüglich Stromlieferung ein hohes Gewicht haben. Es ist uns klar, dass dabei die energie- und wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen, nur wurde der Spielraum, im Sinne der Postulate zu handeln, bisher leider nicht ausgeschöpft.

Gerne nehmen wir nun aber zur Kenntnis, dass die EKZ zumindest anstreben wollen, die elektrische Energie in erster Linie von der AXPO Holding AG zu beschaffen, wie es in der neuesten Eigentümerstrategie formuliert wird. Damit kann sowohl für die EKZ als auch für die AXPO das mit der Börsenbeschaffung verbundene Risiko minimiert werden, und wenn die AXPO dann Strom direkt an die EKZ liefert, hilft das auch bezüglich Preisstabilität. Noch nicht am Ziel sind wir betreffend Versorgungssicherheit, da die AXPO dafür offiziell keinen Auftrag hat, dennoch ist sie mit den Eignerkantone untrennbar verbunden und könnte mit genug politischem Sensorium eine gewisse Verantwortung erkennen. Da haben wir den Eindruck, dass die entsprechenden Brillengläser noch nicht in der richtigen Schärfe geschliffen sind. Als EVP werden wir das daher weiterhin im Blick haben und uns für eine stärkere politische Einflussnahme auf die Verwendung unseres Volkvermögens einsetzen. Die EVP ist aber bereit, die beiden Postulate als erledigt abzuschreiben.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Bis 2021 waren die Strompreise ausserordentlich tief. Das brachte gewissen Stromversorgerinnen grössere Probleme. 2021 stiegen dann die Strompreise stark an. Sie hatten dann einen Peak im 2022 und bis jetzt haben sie sich wieder entspannt. Wenn man sich diese Preiskurve anschaut, dann ist eine langfristige Beschaffung von Strom sowie ein langfristiger Verkauf von Strom zu stabilen Preisen auf jeden Fall sehr erstrebenswert. Das heisst, ihr Anliegen, das das Postulat hat, dass die AXPO mehr Strom direkt verkaufen soll, beispielsweise an die Werke, in diesem Fall der EKZ, das erachte ich als grundsätzlich sinnvoll.

Weder die AXPO noch die EKZ sind aber diesbezüglich komplett frei. Es gibt Rahmenbedingungen, an die sich beide Player halten müssen, da ist das

Stromversorgungsgesetz auf der einen Seite, da ist das Submissionsrecht, das Obligationenrecht, das Wettbewerbsrecht auf der anderen Seite. Und innerhalb dieses Rahmens gibt es einen bestimmten Spielraum. Wir haben deshalb, also die Regierung, in die Eigentümerstrategie der EKZ geschrieben, dass sie, wenn es möglich ist, innerhalb dieser Rahmenbedingungen den Strom bei der AXPO beschaffen sollen. Sie sehen 1 zu 1 ist das Anliegen nicht komplett zu 100 Prozent umsetzbar, es ist aber in Teilen umsetzbar. Ich bin der Ansicht, dass wir das ausgenützt haben, was wir ausnützen können. Ich bitte Sie deshalb, diese beiden Postulate entsprechend abzuschreiben. Besten Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung der beiden dringlichen Postulate vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Die dringlichen Postulate sind abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

### **9. Objektkredit für die Radweglückenschliessung entlang der 339 Oetwiler-/ Hombrechtikonstrasse zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Oetwil a. S.**

Antrag des Regierungsrates vom 15. März 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 2. Juli 2024

Vorlage 5894 (*Ausgabenbremse*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben freie Debatte beschlossen. Römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Bei den nächsten drei Geschäften geht es immer um das Gleiche; es geht um Finanzmittel für Radweglückenschliessungen. Bei den ersten beiden Vorlagen geht es um einen Objektkredit, bei der dritten um einen Zusatzkredit.

Das Schliessen von Radweglücken gehört zu den Massnahmen, um die Bedingungen für den Veloverkehr im Kanton Zürich zu verbessern. Der Kanton Zürich verfügt ja bekanntlich über ein Radwegkonzept und einen kantonalen Velonetzplan. Gemäss dem von der Fachstelle Veloverkehr im Amt für Mobilität im Rahmen des kantonalen Velo-Förderprogramms, gemeinsam mit dem kantonalen Tiefbauamt und der Kantonspolizei erarbeiteten Standards

für den Veloverkehr ist es ein übergeordnetes, ein äusserst zentrales Ziel, die Schwachstellen im Velowegnetz gemäss kantonalem Velonetzplan möglichst rasch zu beheben. Diese Schwachstellen werden mittels Radweglückenschliessungen entsprechend im Bauprogramm der Staatsstrassen abgebildet. Soweit die allgemeinen Informationen. Kommen wir zur ersten Vorlage, zur Vorlage 5894.

Dabei handelt es sich um einen Objektkredit zur Schliessung der Radweglücke zwischen Hombrechtikon und Oetwil am See. Die Kommission für Planung und Bau hat die Vorlage der Regierung an vier Sitzungen beraten, und wir danken der wie immer professionellen Aufbereitung der Unterlagen und der Fragenbeantwortung seitens der Verwaltung. Die Radweglückenschliessung, von der hier die Rede ist, entspricht der Massnahmennummer 0634 im Fahrradnetzplan von 2016. Die KPB beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Objektkredit in der Höhe von 5,26 Millionen Franken für die Schliessung des Radweges zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Oetwil am See zu genehmigen. Mit der Realisierung dieser Radweglücke auf einer Strecke von rund 3 Kilometern soll 2026 begonnen werden. Auch wenn die KPB sich einstimmig hinter den Objektkredit stellt, bedeutet das nicht, dass in den Sitzungen nicht etliche, teils auch etwas kritische Fragen gestellt worden wären. Die Fragen betreffen die Beanspruchung von Kulturland sowie entsprechende Kompensationsmassnahmen von Fruchtfolgeflächen und die Tatsache, dass noch eine Reihe von Einsprachen zu vergegenwärtigen sind. Die Einsprachen erwachsen offenbar aus ganz verschiedenen Gründen: Realersatz, Preis für den Landerwerb, Naturschutz – um nur einige zu nennen. Ein etwas umfassender Fragenkatalog bezog sich auch auf die Routenplanung, und die KPB konnte nach Kenntnissnahme der Varianten befriedigt feststellen, das mit der gewählten Bestvariante vor allem der Sicherheitsaspekt für alle Verkehrsteilnehmenden erhöht werden konnte.

Im Namen der KPB empfehle ich einstimmig Zustimmung zum Objektkredit. Besten Dank.

*Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon):* Die SVP wird dem Objektkredit für die Radweglückenschliessung zwischen Hombrechtikon und Oetwil am See zustimmen.

Erlauben Sie mir als Hombrechtikoner einige Bemerkungen. Ich kenne diese Strecke bestens, ich bin an dieser Strasse aufgewachsen, habe über 20 Jahre dort gelebt und fahre auch heute noch täglich auf dieser Strecke. In der Tat hat es heute auf dieser Verbindung für Radfahrende ungemütliche Stellen. Auf der Strecke gilt mehrheitlich Tempo 80 und sie ist mit einigen scharfen Kurven für Radfahrer sehr unübersichtlich. Diese Situation wird mit dem Projekt entschärft. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, die sich heute

schon auf diesem Abschnitt bewegen, wird sich die Situation stark verbessern.

Generell ist die Strecke derzeit von Radfahrern nicht stark befahren. Dies hat möglicherweise mit der mangelnden Sicherheit zu tun. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass sich künftig grosse Massen auf diesem Radweg bewegen werden. Weshalb? Als Freizeitroute gibt es im Naherholungsgebiet rund um Hombrechtikon viel zu viele attraktivere und teils direktere Wege, um von A nach B zu kommen. Das Aufkommen an Personen, die das Velo als Alltagsroute nutzen, um damit beispielsweise zum Arbeitsplatz zu kommen, wird überschaubar bleiben. Ein Indiz hierfür ist sicher der öffentliche Verkehr; die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland, VZO, haben den Busbetrieb auf dieser Strecke mangels Nachfrage vor vielen Jahren bereits eingestellt, und wie ich höre, ist auch nicht geplant, diesen wieder einzuführen. Bei einer staatlichen Summe von knapp 5,3 Millionen Franken für den Objektkredit für rund 3 Kilometer Fahrradweg stellt sich eigentlich die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis – aber eben nur eigentlich. Hier haben wir mit Paragraf 28a Strassengesetz eine gesetzliche Grundlage, die nicht primär ein akutes Bedürfnis stillt, sondern Bedürfnisse wecken soll. Dies ist natürlich sehr speziell in unserer Gesetzgebung, wenn beispielsweise ein neues Schulhaus gebaut wird, liegen hierfür eine Schulraumplanung, Prognosen für stark steigende Schülerzahlen und so weiter und so fort vor. Bei einem Radweg ist dies anders; Radweglücken werden zunächst geschlossen, und man geht dann davon aus, dass die neuen Wege danach auch befahren werden. Es ist der falsche Zeitpunkt, hier über diesen Meccano zu sinnieren, auch wenn ein solches Projekt mit einer so stolzen Kreditsumme in der Bevölkerung genau diese Fragen aufwirft.

Wie erwähnt, wird die SVP dem Objektkredit mit kritischem Unterton zustimmen. Ich im Speziellen freue mich aber, heute Abend mit guten Nachrichten nach Hombrechtikon zurückzukehren.

*Stephan Weber (FDP, Wetzikon):* Der Bau dieses Radweges macht Sinn, nicht zuletzt wegen des teilweisen kupierten Geländes und der dadurch unübersichtlichen und kurvigen Streckenabschnitte.

Bei diesem Kreditantrag ist für die FDP die Optimierung des Kulturlandverschleisses beim Bau von Radwegen im Zentrum gestanden. Die Aussage der Verwaltung, dass Radwege entlang der Hauptstrassen geführt werden und Alternativen im Bauprojekt nicht mehr geprüft werden, liess aufhorchen. Gerade bei diesem Projekt wäre es vor Willikon möglich gewesen, den Radweg auf bestehenden, direkteren Feldwegen zu führen. Da es für Velofahrer scheinbar nicht zumutbar ist, auf Kieswegen zu fahren, hätte man diese Feld-



wege asphaltieren müssen. Dies haben wir mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen, aber die Kosten wären trotzdem deutlich tiefer gewesen. Was uns sehr erstaunt, ist, dass der Kulturlandverschleiss bei der Projektierung von Radwegen kein Gewicht hat. Es sollte eigentlich inzwischen bei allen angekommen sein, dass wir auch dem Kulturland Sorge tragen müssen. Wir erwarten von der Baudirektion, dass künftig in der Planung von Velowegen der Kulturlandverbrauch eine gewichtige Entscheidungsgrundlage bei der Streckenführung ist.

Die FDP stimmt der Kreditvorlage zu und wird auch künftige Projekte genau bezüglich des Kulturlandverbrauchs prüfen.

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon):* Nachdem die Klimadebatte vorhin 41 Wortmeldungen gebraucht hat, hoffe ich, dass wir hier rascher vorwärtskommen. Ich meinerseits werde, um Zeit zu sparen, gleich zu allen drei Radweg-Vorlagen sprechen.

Zuerst für die erste und die zweite Vorlage noch meine Interessenbindung: Ich bin Gemeinderat in der Gemeinde Hombrechtikon. Von diesem Angebot, was hier geschaffen wird, wird also die Bevölkerung in meinem Dorf, in meiner Gemeinde besonders stark profitieren.

Wir haben es vorhin schon von Tumasch gehört: Es gibt immer diese beiden Seiten; es gibt ein Angebot und es gibt die Nachfrage. Wenn man ein bisschen genauer hinschaut, ist es eigentlich klar, dass sie sich nicht nur gegenseitig bedingen, sondern dass zuallererst ein Angebot bestehen muss. Wer wusste schon, dass er unbedingt ein iPhone (*Smartphone*) haben musste, bevor es verkauft wurde? Erst seit es welche gibt, brauchen wir es. Das ist bei den Radwegen nicht anders. Wir brauchen eine attraktive, sichere Infrastruktur, dann wird es genutzt. Wenn wir die Lücken schliessen, bekommen wir ein Radwegnetz, das am Schluss, wenn es fertig ist – das wird leider noch viele Jahre dauern –, den ganzen Kanton abgedeckt. Dann wird es immer attraktiver mit dem Fahrrad oder mit dem E-Bike unterwegs zu sein und von den Gesundheitsförderungen zu profitieren, auf dem Weg zur Arbeit oder auf dem Weg, um Einkäufe zu machen. Dieses Ziel verfolgen wir mit diesen drei Vorlagen. Damit kommen wir in dieser Sache einen kleinen Schritt weiter. Stimmen Sie also diesen drei Vorlagen zu.

*Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen):* Ich spreche zu den beiden Radwegen um Grüningen und Hombrechtikon.

Wir genehmigen beide Objektkredite. Wir unterstützen den Ausbau der Radweginfrastruktur; jeder Abschnitt ist ein Mosaikstein für die Realisierung eines durchgehenden Radwegnetzes. Wir erwarten, dass der Ausbau weiterhin

mit hoher Priorität an die Hand genommen wird und keine Kürzungen vorgenommen werden. Wir wünschen zudem, dass die vielen Netzlücken und Schwachstellen, die noch projektiert werden müssen, entsprechend den Bedürfnissen der Velofahrenden priorisiert werden. Genauso logisch wie Strassenprojekte priorisiert werden und sanierungsbedürftige Strassen zuerst darrankommen, soll es auch eine Priorisierung bei den Radwegen und den vielen Schwachstellen geben. Es darf nicht sein, dass Radwege primär dort vorangetrieben werden, wo gleichzeitig eine Strassensanierung ansteht. Radwege sollen eine eigenständige Prioritätenliste erhalten. Die Synergien sollen selbstverständlich genutzt werden. Es gibt aber viele dringende Sicherheitsdefizite auf dem Radwegnetz, die mindestens genauso dringend zu sanieren sind wie Belagsanierungen auf der Strasse. Viele dieser Schwachstellen mit Sicherheitsdefiziten liegen innerorts. Hier soll ein Sanierungsprogramm aufgelegt werden, denn das Potenzial für höhere Radverkehrsanteile liegt vor allem innerorts. Der Verzicht auf die Benutzung des Velos wird oft mit mangelnder sicherer Infrastruktur begründet.

Noch eine Bemerkung zum Titel dieser Vorlagen: In beiden Fällen ist es eine Kombination von Strassensanierung, teilweise mit einer leichten Verbreiterung, neuem Deckbelag und so weiter. Von den 10,6 Millionen werden nur 59 Prozent für die Erstellung des Radwegs gebraucht, 41 Prozent für die Sanierung der Strasse. Auch beim zweiten Radweg, Hombrechtikon–Grünlingen, werden 21 Prozent für die Strassensanierung aufgewendet. In den Details zum Objektkredit ist der Betrag zwar korrekt aufgeschlüsselt, der Titel macht aber glauben, dass wir hier nur über Radwege abstimmen. Ich würde also beliebt machen, wenn mehr als 20 Prozent für Strassensanierungsarbeiten ausgegeben werden, soll das so auch im Titel erscheinen. Besten Dank.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Der Kanton Zürich verfügt seit einigen Jahren über einen strategischen Velonetzplan. Damit nicht nur Freizeitvelofahrer, sondern auch Alltagsvelofahrer vermehrt und sicher mit dem Fahrrad unterwegs sein können, sollen die Velowege ausgebaut werden. An der Oetwiler-/Hombrechtikoerstrasse besteht eine Radweglücke, die nun geschlossen werden soll. Geplant sind unter anderem ein Neubau eines Rad-Geh-Weges, da auch die Sicherheit der Fussgänger erhöht werden soll, Anpassung der bestehenden Fahrbahn und der Strassenentwässerung und die Instandsetzung der privaten und öffentlichen Grundstücke im Projektperimeter.

Das Projekt wurde uns in mehreren Sitzungen in der KPB vorgestellt, und alle offenen wie auch kritischen Fragen, Stichwort «Verschleiss Kulturland», wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Die Mitte stimmt dem Objektkredit von 5,26 Millionen für die Radweglückenschliessung entlang

der Oetwiler-/Hombrechtikonstrasse in den Gemeinden Hombrechtikon und Oetwil am See zu. Vielen Dank.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Ich werde des Öfteren gefragt, warum wir jetzt gerade an dieser Stelle oder an jener Stelle im Kanton einen neuen Velowege bauen. Vielleicht zuerst zum Grundprinzip: 2018, das habe ich vorhin schon erwähnt, hat die Stimmbevölkerung das neue Veloweggesetz angenommen auf Bundesebene, und dieses Veloweggesetz verpflichtet die Kantone zur Planung eines Velonetzes. Das hat der Kanton Zürich gemacht. Relevant ist, nach welchen Kriterien dieses Velonetz aufgebaut sein soll. Es soll zusammenhängend, durchgehend sicher und attraktiv sein. Der Kanton Zürich hat dies schon vor dem Veloweggesetz umgesetzt, nämlich mit dem Velonetzplan, der damals die Volkswirtschaftsdirektion erarbeitet hatte. Der Regierungsrat hat es umgesetzt, jetzt ist es in den regionalen Richtplänen abgebildet und somit behördenverbindlich. Diese Anforderungen des Gesetzes sind also im Kanton Zürich bereits umgesetzt.

Nach diesem Gesetz besteht nun das Ziel, dass wir dieses gesamte Velonetz – es ist ziemlich gross – bis 2042 umsetzen, das heisst, wir haben bereits definiert, wo die Linienführungen dieser einzelnen Radwege sind. Wenn wir davon abweichen wollten, dann müssten wir zuerst die regionalen Richtpläne anpassen – das als wichtiger Punkt. Wir sind in den einzelnen Projekten nicht mehr frei, genau zu wählen, wo der Radweg durchgehen soll. Das ist eben ein wichtiger Planungsgrundsatz.

Und der zweite Punkt: Bis jetzt war es so, dass wir gesagt haben, wir bauen den Fahrradweg dann, wenn wir die Strasse sowieso sanieren müssen. Warum? Weil man dann nur einmal eine Baustelle hat. Es ist natürlich günstiger, wenn man das gleichzeitig macht.

Nun zu diesen zwei Projekten: Wir sprechen über zwei Radwegprojekte, einerseits über die Sanierung der Strasse und das Radwegprojekt Hombrechtikon nach Grüningen für 11 Millionen und über die Sanierung der Strasse und Radweg Hombrechtikon und Oetwil am See für 7 Millionen Gesamtsumme.

Zum Bedarf: Das sind keine Freizeitrouten, sondern es sind Alltagsrouten, die hier gebaut werden. In der Regel ist es schon so, zuerst folgt die Infrastruktur und dann die Nutzung. Das hat man in jenen Ländern gesehen, die einen viel höheren Veloanteil haben, als wir haben, beispielsweise in Holland und Dänemark. Die haben zuerst eine gute Radweg-Infrastruktur gebaut – natürlich aufgrund des politischen Drucks – und erst nach und nach haben nachher die Leute begonnen, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen. Das wird auch hier der Fall sein. Auf dieser Strecke werden möglicherweise aber nicht so viele fahren wie in Holland oder Dänemark.

Noch ein Wort zur Investitionspriorisierung: Die Regierung will künftig weniger investieren, als das bisher geplant war. Ich habe es vorhin schon erwähnt, wir haben eigentlich das Ziel, bis 2042 diesen Velonetzplan vollständig umzusetzen. Unter diesen Rahmenbedingungen der Investitionen und der Priorisierungen können Sie sich sicher vorstellen, dass es nicht realistisch ist, alles bis 2042 zu realisieren. Wir arbeiten natürlich weiterhin an der Umsetzung, dass wir hier vorankommen, aber möglicherweise ist es so, dass wir gewisse Projekte zurückstellen müssen oder gar nicht umsetzen können. Diese zwei Projekte hingegen schon. Hier sind wir schon fertig, sie sind bereit zur Realisierung. Deshalb bitte ich Sie, diesen beiden Projekten zuzustimmen. Besten Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt, Sie haben Eintreten beschlossen.

*Detailberatung  
Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 159 Stimmen, römisch I der Vorlage 5894 zuzustimmen.** Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

*II., III, IV., V*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

## **10. Objektkredit für die Radweglückenschliessung entlang der 726 Grüninger-/Hombrechtikonstrasse zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Grüningen**

Antrag des Regierungsrates vom 28. Februar 2024 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 2. Juli 2024

Vorlage 5945a (*Ausgabenbremse*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben die freie Debatte beschlossen. Römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Auch der zweite Objektkredit bezieht sich auf eine Radweglückenschliessung im Zürcher Oberland. Es handelt sich um einen Radweg zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Grüningen. Auch diesen Objektkredit hat die KPB letzten Sommer an vier Sitzungen durchberaten. Der zu erstellende Radweg liegt grösstenteils im Ausserortsgebiet, der tangiert aber auch eine Naturschutzzone. Er führt durch einen Weiler und erschliesst fahrradtechnisch die beiden Oberländer Gemeinden, eine nicht ganz unkomplexe Aufgabe.

Auch diese Kreditvorlage war in ihrem Kern nicht bestritten. Es gab indes wiederum etliche Fragen zu Fruchtfolgefächernkompensation, zu den eingegangenen Einsprachen und vor allem zu den geprüften Varianten. Dazu liess sich die Kommission über die Auswahlkriterien, die schlussendlich zum Entscheid für eine Variante geführt haben, informieren. Da gibt es Auswahlkriterien wie beispielsweise die Steigung des Weges oder die soziale Sicherheit, die ein Weg bietet, ein für viele in der KPB etwas neuer Begriff. Es sind eben unter anderem solche Auswahlkriterien, die dann seitens der Verwaltung und der Regierung zu einem Entscheid für eine nachgelagerte, als Bestvariante bezeichnete Route führen.

Ein weiterer Diskussionspunkt in der KPB war technischer Natur. Um Kosten zu sparen, soll nämlich auf einen Randabschluss beim Radweg verzichtet werden. Das Tiefbauamt selbst will die Auswirkungen eines solchen Verzichtes auf Stabilität und Beständigkeit des Belages im Sinne eines Pilotprojektes testen und passte das Projekt entsprechend bereits selbst an. Kostenseitig fallen damit 95'000 Franken weg.

Um dieses Ansinnen zu bekräftigen und weiter zu befördern, beantragt eine Mehrheit der Kommission nun die Kürzung des Kredites um die besagten 95'000 Franken. Aus Sicht einer Minderheit war die explizite Kürzung zwar nicht notwendig, sie lehnte den Kürzungsantrag deswegen ab, aber sie verzichtete auf einen Minderheitsantrag. Die KPB-Mehrheit beantragt daher

dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung des um 95'000 Franken gekürzten Objektkredits in der Höhe von 6'295'000 Millionen Franken. Besten Dank.

*Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon):* Ich muss zuerst meine persönliche Betroffenheit deklarieren. Ich bin bei diesem Projekt von einer Landabtretung betroffen. Ich kann Ihnen aber versichern, es sind 7 Quadratmeter Land (*Heiterkeit*), aber sagen muss ich es ja trotzdem. Der einzige Vorteil ist, dass man dann vielleicht einen kleinen Streifen Rasen weniger mähen muss.

Ich bin gespannt, ob der neue Radweg gleich einschlägt, wie Kollege Wirth das vorhin prognostiziert hat, wie seinerzeit das iPhone (*Smartphone*). Ich bezweifle das, lasse mich aber gerne vom Gegenteil überzeugen. Der Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) hat es ja gesagt, im Rahmen der Velonetzplanung soll der Radweg als Alltagsroute dienen. Auch hier muss ich Ihnen sagen, dass die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland, VZO, den Busbetrieb auf dieser Linie vor vielen Jahren bereits schon mangels Nachfrage eingestellt haben. Dies ist die eine Seite, die andere Seite ist, dass das Projekt im beliebten Naherholungsgebiet rund um den Lützelsee Sicherheit schafft auf dieser Verbindung, einerseits für Velofahrer, punktuell auch für Fussgänger sowohl für Tages- also auch für Nachtzeiten.

Dennoch, ein Objektkredit von rund 6,3 Millionen Franken für den Bau eines Radweges auf einer Strecke von knapp 3 Kilometern ist eine stolze Summe, vor allem dann, wenn man eigentlich gar nicht weiss, wie das Bedürfnis effektiv aussieht und ob der Radweg dann auch genutzt wird. Im Vergleich hierzu plant die Gemeinde Hombrechtikon mit einer kleineren Summe eine Asylunterkunft zu bauen, um damit rund 60 geflüchteten Personen einen Platz zu geben. Hierfür stehen klare Vorgaben des Kantons und ein ausgewiesener Bedarf im Vordergrund, die die Gemeinde zum Handeln zwingen. Wenn wir uns also im Kanton solche Radwege leisten können, kann es um den Kanton Zürich gar nicht so schlecht stehen.

Die SVP wird dem Objektkredit und auch dem Verzicht auf den Randabschluss zustimmen, das eine mit mehr, das andere mit weniger Begeisterung. Ich als Hombrechtionker werde dem zustimmen, selbstredend mit wesentlich mehr Freude. Danke.

*Stephan Weber (FDP, Wetzikon):* Der Bau dieses Radwegs ist grundsätzlich sinnvoll, da er eine direkte Verbindung zwischen Hombrechtikon und Grüningen ist. Mit dem Fahrrad heute auf dieser Strasse zu fahren, ist eher ungemütlich, man sucht sich lieber auf Umwegen einen Weg auf Nebenstrassen und Feldwegen. Die FDP unterstützt den Pilotversuch, auf Randsteine als Asphaltbegrenzung zu verzichten. Zu prüfen wäre, ob man gezielt dort,

wo landwirtschaftliche Fahrzeuge häufig auf die Felder auffahren, der Einbau von einigen Metern Randsteine sinnvoll wären. Dazu braucht es eine Absprache mit den Landwirten, die ja auch ihr Kulturland für diesen Radweg hergeben müssen. Die FDP stimmt der Kreditvorlage zu und erwarte mit Interesse die Auswertung bezüglich der nicht eingebauten Randsteine.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Auch hier zwischen den Gemeinden Hombrechtikon und Grüningen soll eine Radweglückenschliessung möglich gemacht werden. Intakte und vollständige Fahrradwege sind sinnvoll und fördern das Velofahren. Wie die verschiedenen Objektkredite jedoch zeigen, ist das Erstellen solcher Wege sehr kostenintensiv, umso mehr sollte man sie nicht vergolden. Ein Randabschluss über eine Strecke von 1,7 Kilometer wird mit fast 100'000 Franken veranschlagt, was in den Standards «Veloverkehr des Kantons Zürich» so nicht mal vorgesehen ist. Meiner Bitte, auf diesen zu verzichten, kam das Tiefbauamt nach und wird diese im Sinne eines Pilotprojektes umsetzen. Die Auswirkungen des fehlenden Randabschlusses werden evaluiert und dann künftig für Radwegprojekte genutzt werden können.

Die Mitte wünscht sich, dass Einsparungspotenziale in Zukunft noch vermehrt inspiziert werden, genehmigen aber den gekürzten Objektkredit-Antrag über 6,295 Millionen gerne. Herzlichen Dank für die Aussicht.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben Eintreten beschlossen.

#### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

#### *I.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgangsbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 160 Stimmen, römisch I der Vorlage 5945a zuzustimmen.** Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

*II., III, IV*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

**11. Zusatzkredit für die Radweglückenschliessung und die Hangsicherung an der 7 Weiacherstrasse zwischen der Solistrasse in der Stadt Bülach und der Chrondel in der Gemeinde Rorbas**

Antrag des Regierungsrates vom 5. Juli 2023 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 9. Juli 2024

Vorlage 5922a (*Ausgabenbremse*)

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir haben freie Debatte beschlossen. Römisch I untersteht der Ausgabenbremse. Es liegt ein Minderheitsantrag von Simon Vlk und Mitunterzeichnenden vor, auf die Vorlage nicht einzutreten.

***Minderheitsantrag Simon Vlk, Barbara Franzen, Stephan Weber:***  
*Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.*

*Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Eine weitere Radweglückenschliessung gab in der KPB mehr zu diskutieren als die beiden vorher durchberatenen Objektkredite. Es geht um einen Zusatzkredit für eine Lücke im Radweg von Embrach über Rorbas nach Bülach.

Der ursprüngliche Objektkredit war im Mai 2019 vom Kantonsrat bewilligt worden. Nun beantragt der Regierungsrat einen Zusatzkredit in der Höhe von 2'616'000 Franken, da das Projekt nicht, wie geplant, umgesetzt werden konnte. Mit dem Zusatzkredit würde die gesamte verfügbare Kreditsumme über 8,25 Millionen Franken betragen. Wiederum an mehreren Sitzungen, diesmal waren es fünf, liessen sich die Mitglieder der KPB über den bisherigen Projektverlauf sowie die Argumente bezüglich Zusatzkredite informieren, und wir danken herzlich für die Präsentation und Fragenbeantwortung durch die verantwortlichen des TBA (*Tiefbauamt*) und durch Herrn Regierungsrat Martin Neukom.



Vor allem bezüglich Planungsverlauf äusserten sich etliche Fraktionen während der Diskussionen der KPB sehr kritisch, weshalb ich etwas detaillierter darauf eingehe. Im Anschluss an den Kreditbeschluss des Regierungsrates 2019 war das ursprüngliche Projekt festgesetzt worden. Bereits bezüglich Vergabeverfahren zeigten sich erste Probleme. So ging bei der Ausschreibung der Kunstbauten und der Spezialtiefbauarbeiten nur ein gültiges Angebot ein, das preislich deutlich über dem Kostenvoranschlag aus dem Jahr 2017 lag, auf den sich eben der Objektkredit und die Bewilligung der gebundenen Ausgaben gestützt hatten. Erhebliche Mehrkosten zeichneten sich ab, weshalb das Vergabeverfahren abgebrochen wurde. Neu wurden drei Unternehmenssubmissionen für Teilbauleistungen durchgeführt; das Projekt wurde also quasi in Teilprojekte aufgebrochen: Zwei Arbeitsgattungen, die Spezialtiefbauarbeiten und die Arbeiten für die Stützmauern der Hangsicherung wurden vergeben – die Arbeiten sind bereits abgeschlossen. Allerdings wurde auch bei diesen beiden Losen der Kostenvoranschlag deutlich überschritten. Beim dritten Los betreffend Trasse-Arbeiten für den Radweg und die Weiacherstrasse konnte nur unter Vorbehalt der Bewilligung der notwendigen zusätzlichen Ausgaben deutlich über dem ursprünglichen Kostenvoranschlag vergeben werden.

Der Stand der Projektrealisierung, der sich der KPB im Sommer 2024 präsentierte, ist ein halbfertiger. Bereits realisiert werden konnten gemäss obiger Beschreibung eine markante Hangsicherung, Kunstbauten und eine Verbreiterung der Strasse. Mit dem beantragten Zusatzkredit sollen nun fehlende Projektteile, allen voran der eigentliche Radweg, realisiert werden. Das Tiefbauamt legte an den Kommissionssitzungen dar, dass die Mehrkosten auf mehrere Faktoren zurückzuführen seien: Auf Vergabemisserfolge, zu tiefe Kostenvoranschläge, die Etappierung des Bauprojekts und fehlende Projekttiefe, da etliche anfallende Arbeiten im ursprünglichen Projekt nicht detailliert vorgewiesen waren. Als ebenfalls problematisch wurde der Wechsel in der Projektleitung beschrieben. Obwohl das Tiefbauamt selbstkritisch eine Projektanalyse vornahm und im Sinne von Lessons Learned aus der mangelhaften Projektierung Schlüsse für die weiteren Projekte gezogen hat, war der Projektverlauf in der KPB eben doch der wichtigste Diskussionspunkt. Kritisch hinterfragt wurden die unvollständige Planung, der Baustart trotz unbereinigtem Bauprojekt und das Ausmass der Kostenüberschreitung. Allerdings wurde auch die spezielle Topografie, welche beispielsweise umfassende Hangsicherungen und Rückhaltebecken notwendig macht, gewürdigt. Für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder, SVP, SP, GLP und Grüne, konnte damit überzeugend dargelegt werden, dass sich die Gesamtkosten für die Radweglückenschliessung rechtfertigen lassen. Zudem sollte eine wei-

tere Projektverzögerung vermieden werden, da dies zu weiteren Kosten führen könnte. Das Sparpotenzial sei ausgereizt und es mache wenig Sinn, den Radweg auf halber Strecke zu stoppen. Eine Minderheit hingegen will eine erneute Detailprüfung des Projektes, um zusätzliches Optimierungs- und Einsparpotenzial zu eruieren. Die FDP beantragt dem Kantonsrat angesichts dessen, dass eben noch viele Arbeiten ausstehend seien und überprüft und optimiert werden könnten, eine Ablehnung des Zusatzkredites; sie beantragt Nichteintreten.

Namens der Mehrheit der KPB beantrage ich Ihnen indes Zustimmung zum Zusatzkredit. Besten Dank.

*Simon Vlk (FDP, Uster):* Welches sind die Gründe, weshalb der Radweg Rorbas vermutlich fast doppelt so teuer wird, wie ursprünglich geplant? Wie kam es zu diesem, seien wir ehrlich, Planungs-Fauxpas? Schaut man auf der offiziellen Webseite des Kantons Zürich nach, steht dort folgende Begründung geschrieben, ich zitiere: «Der Grund ist, dass die eingegangenen Angebote aus der Submission für die Strassenbauarbeiten zu hoch waren.» Die Begründung, zu teure Angebote aus der Submission seien primär schuld an der Kostenexplosion, halten dem Vergleich mit der Realität nicht stand. Dass Bürger und Bürgerinnen, welche sich auf der offiziellen kantonalen Webseite informieren möchten, derart unzutreffende Angaben erhalten, ist doch erstaunlich und gehört meines Erachtens umgehend korrigiert. Die Mehrkosten für die Bankettsicherung ausgenommen, für welche die FDP ein gewisses Verständnis hegt, stellen in Wirklichkeit folgende drei Ausgabenpunkte die grössten Kostentreiber dar.

Ich beginne mit Platz 3: Am drittmeisten Mehrkosten kamen zustande aufgrund der Änderung der Spielregeln während des Spiels, Mehrkosten von 36 Prozent respektive 575'000 Franken. Obwohl unser Regierungsrat schon fast mantrahaft wiederholt, dass Änderungen an fertig ausgearbeiteten Objektkreditvorlagen seitens Parlaments total unvernünftig seien, macht die Baudirektion selbst genau das. So beschloss sie, nach der Objektkreditbewilligung kurzerhand noch eine freiwillige Strategie für «TBA ZH Kunstbauten» in das Bauprojekt zu integrieren. Für diese Regeländerung während des Spiels wurde eine Kreditüberschreitung von mehreren Prozent in Kauf genommen, dies notabene zu einem Zeitpunkt, wo bereits klar war, dass die Kosten des Projekts völlig aus dem Ruder laufen.

Jetzt kommt Platz 2: Die zweitteuersten Ursachen für die Kostenexplosionen sind unsaubere Vorabklärungen, Mehrkosten von 218 Prozent respektive 855'000 Franken. Dass nach der Sprechung des Objektkredits plötzlich in Erscheinung tritt, dass noch Rückhaltebecken benötigt werden, ist doch sehr

erstaunlich und scheint mir in etwa so, wie wenn bei einem Projekt mittendrin gemerkt würde, dass die Regenrinnen ins Leere führten, weil die Regentonnen vergessen wurden. Dass das Thema Wasserversickerung erst viel zu spät angemessen berücksichtigt wurde, lag insbesondere daran, dass der Antrag zum Baukredit noch vor dem bereinigten Projekt erfolgte. Auch die Baudirektion selbst sieht darin, wie sie es nennt, eine Lessons Learned, selbstredend eine sehr teure mit 218 Prozent Kostenaufschlag.

Ich komme bereits zum ersten Platz, also zum grössten Kostentreiber: Die FDP wusste es schon immer, die Regulierungen sind schuld. Am meisten zur Kostenexplosion des Radweges Rorbass haben beigetragen: Immer aufwendigere Vorschriften, Mehrkosten von 51 Prozent respektive 936'000 Franken. In der Antwort auf die schriftliche Nachfrage einer gewissen Partei an die Baudirektion, ob während des Projekts neue Regulierungen mit Kostenfolge in Kraft gesetzt wurden, hiess es: «Die Vorgaben für die Entsorgung von Baumaterialien wurden verschärft. Die Materialbewirtschaftung wurde dahingehend angepasst, entsprechend wurden mehr Kosten ausgelöst.» Aufgrund von neuen kantonalen Vorgaben für Bodenschutz, Entsorgung und Wiederverwendung wurde das Projekt also fast 1 Million Franken teurer als mit der vorherigen Praxis. Diese neuen Vorschriften werden wohl zukünftig auch viele andere Strassen- und Wegprojekte noch teurer machen, als sie jetzt schon sind. So viel zu den Kostentreibern.

Jetzt noch kurz zu Grundsätzlichem: Wenn sich abzeichnet, dass ein Projekt sehr viel teurer wird, als ursprünglich geplant, dann hat die FDP schon die Erwartungshaltung, dass zumindest der Bleistift umso mehr gespitzt wird. Dafür fanden wir bei diesem Projekt leider keine Anhaltspunkte, eher das Gegenteil scheint uns der Fall zu sein. So wurde zum Beispiel noch ganz unbekümmert eine halbe Million Franken zusätzlich ausgegeben seitens Baudirektion für freiwillige Projekt-Upgrades, wie ich vorhin bereits ausgeführt hatte. Die FDP wünscht deshalb, dass nochmals eine Detailprüfung des Projekts durchgeführt wird. Diese soll aufzeigen, wo noch Optimierung- und Sparpotenzial besteht. Wir als FDP sind nicht bereit, ein Projekt, welches beinahe eine Kostenverdoppelung ausweist, einfach mir nichts, dir nichts durchzuwinken, und lehnen den Kredit entsprechend ab. Besten Dank.

*Barbara Grüter (SVP, Rorbass):* Ich gebe bekannt, als Einwohnerin und ehemalige Gemeinderätin von Rorbass habe ich ein Interesse an der Fertigstellung dieses Radweges. Was schon lange währt, wird heute hoffentlich endlich gut oder zumal endlich besser. Wir werden heute hier im Rat voraussichtlich diesen beantragten Zusatzkredit genehmigen, um dann diese mühselige Radweglückenschliessung endlich fertigstellen zu können.

Der Kantonsrat bewilligte 2019 mit 166 Stimmen den Objektkredit von gut 5,5 Millionen zulasten der Investitionsrechnung. Der Regierungsrat bewilligte in diesem Zusammenhang die Instandsetzung des Fahrbahnbelages und der Strassenentwässerung nochmals in beinahe derselben Kostenhöhe. Das ist nun 5 Jahre her. Was seither passiert und gebaut beziehungsweise eben nicht passiert und nicht gebaut wurde, können Sie detailliert dem Antrag des Regierungsrates 5922a entnehmen.

Man könnte ja nun wieder die Grundsatzdiskussion führen, ob diese Radwege und insbesondere diese Radweglückenschliessung in diesem Ausmass überhaupt nötig sind, der Ausbau von Velo-Bahnen für verhältnismässig viel zu wenige Benutzer, selbst wenn sich die Anzahl der Radfahrer auf dieser Strecke verzehnfachen oder um mehr vervielfachen würden. Aber darum geht es heute nicht. Wir haben in Rorbas nun seit 2020 eine Baustelle und eine halbfertige Velo-Bahn. Die Kosten für den Bau überborden den Kredit. Dabei ging von Anfang an offenbar vieles schief. Es gab Probleme beim Finden eines Strassenbauunternehmens beziehungsweise der Vergabe des Projektauftrages. Dann lag das einzige Angebot deutlich über dem Kostenvoranschlag. In der Folge musste eine gestaffelte Submission für Teilbauleistungen durchgeführt werden. Im Kostenvoranschlag war aber keine Etappierung der Bauarbeiten vorgesehen.

Ein Wechsel der Zuständigkeiten verwaltungsintern und der damit verbundenen Dossierübergabe brachte zutage, dass eine detaillierte Hangsicherung fehlte und aufgrund des im grossen Volumen ausfallenden Hangwassers ein umfangreiches Sickerleitungsnetz nötig war. In der Ausführungsphase wurde weiter zusätzlich eine Elektrostrasse für ein geschlossenes Verkehrssteuerungsnetz integriert, und der generelle Preisanstieg für die ausserordentliche Materialisierung sowie die angespannte Energieversorgungssituation schlugen sich ebenso im Preis nieder.

Von den nun fast 7 Millionen Mehraufwendungen gehen gut 4,5 Millionen auf die Instandstellung und Sanierungsarbeiten der Weiherstrasse zurück, also gebundene Ausgaben, und gut 2,5 Millionen auf den Bau des Radweges selbst. In der Kommission wurden die Mehrkosten und Probleme detailliert besprochen und hinterfragt. Auch wurde die Verwaltung gerügt, dass es zu einem solchen Zusatzkredit kommen musste. Allerdings konnte auch von Seiten der Planung her überzeugend dargelegt werden, dass sich die Gesamtkosten für diese Radweglückenschliessung angesichts der topografischen Herausforderungen und im Vergleich zu anderen Radwegbauten in diesem Umfang sich in einem akzeptablen Rahmen bewegen. Eine weitere Verzögerung könnte aufgrund der Materialteuerung noch einmal zusätzliche Mehrkosten generieren, wenn das nicht schon der Fall ist, denn dieses Geschäft hätte schon vor gut einem Jahr hier im Rat sein sollen oder können.

Und die Ausführungen waren eigentlich für Frühjahr 2024 geplant. Daher macht es aus Sicht der Kommissionsmehrheit keinen Sinn mehr, hier nochmals eine Verzögerung zu provozieren. Dass die FDP, die ja für den Velonetz-Ausbau auch Feuer und Flamme war und den strategischen Mobilitätswachstum im ausgeglichenen Sinne damals mit unterstützte, jetzt hier etwas einsparen möchte, was bei diesem Projekt nun leider wirklich nicht mehr möglich sein wird, das haben sogar wir eingesehen, ist definitiv am falschen Ort gespart. Zudem erachte ich es im Sinne der Bevölkerung in Rorbas und Umgebung für äusserst sinnvoll, diese leidige, angefangene Baustelle endlich fertigzustellen.

Mit zähneknirschender Rüge an die Projektleitung beziehungsweise Verwaltung und zähneknirschender Akzeptanz des geplanten Velonetz-Ausbaus überhaupt stimmt die SVP/EDU-Fraktion diesem nun vorliegenden Zusatzkredit zu. Eine weitere Zusatzschleife würde mit Sicherheit nochmals viel teurer kommen, als dass der Regierungsrat überhaupt noch einsparen könnte. Daher lehnen wir den Minderheitsantrag ab und stimmen, wie gesagt, dem Zusatzkredit zu. Danke.

*Wilma Willi (Grüne, Stadel):* Dass wir gemäss dem Velo-Netzplan Radweglücken zu schliessen haben, sollte uns allen einleuchten. Das haben wir heute schon mehrfach gehört.

Dass anfänglich für diese Arbeiten nur ein Angebot einging und die Arbeiten aufgeteilt werden mussten, kann heute auch nicht mehr geändert werden. Wir können es auch nicht ändern, dass die bereits ausgeführten Arbeiten nun teurer als geplant wurden. Der Regierungsrat beantragt einen Zusatzkredit von circa 2,6 Millionen Franken, dies, damit die Lücke zwischen der Solistrasse in Bülach und der Chrondel in der Gemeinde Rorbas geschlossen werden kann.

Wenn wir den Zusatzkredit heute nicht bewilligen, wird das nur noch teurer. Nichteintreten und die erneute Detailprüfung, wie von der FDP verlangt, würden somit nur noch eine weitere Verzögerung und eine weitere Verteuerung generieren. Was bis heute gebaut ist, ist gebaut. Somit wäre es unsinnig, wenn die anstehenden Bau- und Nebenarbeiten und auch die nötigen technischen Arbeiten nicht abgeschlossen werden könnten. Das Gebiet ist nun einmal topografisch anspruchsvoll, und wir reden hier immerhin von der Fertigstellung eines Teilstücks unseres wichtigen kantonalen Velonetzes. Wenn wir den Veloverkehr fördern wollen, dann gehören vor allem auch gute Radwege bei schwierigen Geländen dazu. Und ja, sie kosten dann eventuell etwas mehr.

Wir im Zürcher Unterland freuen uns schon lange auf die Fertigstellung der Velowegverbindung auf der Wagenbrechi und auf die Sicherheit für Velofahrende. Machen wir vorwärts. Wir treten ein und stimmen zu, stimmen Sie mit uns dem Zusatzkredit zu. Dafür danken wir.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Zähneknirschend, ja zähneknirschend wird auch die Mitte diesem Zusatzkredit von über 2,616 Millionen Franken zustimmen und diesen bewilligen.

Wie die Mehrheit in der KPB sind auch wir mit dieser Kostenüberschreitung unzufrieden, welche die Bau- und Nebenarbeiten wie auch die technischen Arbeiten betreffen. Die Mehrkosten entstanden einerseits aufgrund der Etapierung des Bauprojektes, andererseits dadurch, dass verschiedene Arbeiten im ursprünglichen Projekt nicht detailliert vorgesehen waren. Eine der grossen Herausforderungen, wir haben es gehört, war die Hangsicherung und trieb die Kosten ebenfalls in die Höhe. Wenn sich nun aber die Fertigstellung des Projekts weiter verzögert würde, könnten noch einmal zusätzliche Mehrkosten entstehen. Das möchten wir vermeiden. Die Radwegglückenschliessung in diesem Gebiet zieht sich schon seit Jahren hin und ist aber für die Bevölkerung sehr wichtig, dass sie nun zu Ende gebracht wird. Insofern ist diesem Antrag zuzustimmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

*Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen):* Wenn Sie mich mal besuchen wollen – und ich denke, das lohnt sich, denn ich wohne an einem ganz schönen Ort –, dann empfehle ich Ihnen, kommen Sie ja nicht mit dem Bus. Es gibt nämlich nur alle Stunde einen Bus nach Freienstein-Teufen, also den Bus vergessen Sie. Kommen Sie aber auch nicht mit dem Velo, denn Sie können mich nicht erreichen mit dem Velo; sie landen im nirgendwo. Also nehmen Sie – ja, was nehmen Sie da? Sie können jetzt selber überlegen. Also, ich bin ja nicht der Velofahrer, ich habe zwar ein Velo, aber ich habe jetzt Mails erhalten aus dem Dorf, die sagen: Wann ist diese leidige Baustelle endlich fertig? Und jeden Morgen sehe ich von meinem Fenster über diese wunderschöne Gegend an diese Wand. Und dieser Fahrradweg, der ist unsicher. Der ist unsicher. Und ich musste dann etwas schmunzeln, denn jemand hat dann gefragt, hätte man nicht auch unten durch den Wald fahren können; es gibt dort Landwirtschaftswege. Und die Antwort war dann, nein, wegen des Sicherheitsgefühls. Sie können also wählen, entweder überfahren zu werden oder vom Wolf gefressen zu werden – es gab wirklich mal einen Wolf in Freienstein-Teufen. Also, wenn Sie mich jetzt besuchen wollen, dann empfehle ich Ihnen, diesem Zusatzkredit zuzustimmen, denn es wird ja nicht besser, wenn der Veloweg nicht fertig gebaut wird, das heisst aber nicht, dass wir in Zukunft alles einfach bauen wollen.

Aber es würde mich freuen, auch die Freunde von der FDP, auf einer Fahrradtour bei mir begrüßen zu dürfen, wenn dieser Veloweg dann endlich mal fertig ist. Danke.

*Jonas Erni (SP, Wädenswil):* Es wurde eigentlich alles schon gesagt, ausser, dass es sich bei diesem Projekt um ein wirkliches Trauerspiel handelt. Die Kosten sind ins Unermessliche gestiegen. Man hätte damit wahrscheinlich zehnmal so viele Radweg-Kilometer bauen können, auch der Eingriff in den Wald, viele Bäume wurden gefällt, Kunstbauten, riesige Mauern erstellt, alles ziemlich kritisch und nicht wirklich nachvollziehbar. Nur wurden diese schon gebaut, und das Einzige, was jetzt fehlt, ist der benötigte Radweg, über den wir damals beschlossen hatten. Es wäre deshalb ein bisschen Seldwyla, wenn wir jetzt dazu Nein sagen würden. Wir sind deshalb froh, dass sich eine Mehrheit findet, und wir dieses unschöne Projekt somit beenden können für mehr Radwegsicherheit. Besten Dank.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Ich danke Ihnen für Ihre Rückmeldungen. Es ist tatsächlich so, dass bei diesem Projekt viel Unglückliches zusammengekommen ist, nicht alles optimal lief. Besonders wichtig ist, wenn nicht alles optimal läuft, dass man offen und ehrlich anschaut, was ist passiert, was lief nicht gut, um dann eine saubere Analyse machen zu können, damit man sich nachher verbessern kann. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, unter den aktuellen Umständen würde ich ein solches Projekt nicht starten. Dieses Projekt hat natürlich eine wahnsinnig lange Geschichte, wie Sie sich vorstellen können. Der Kantonsrat hat erst 2019 darüber entschieden. Mit der heutigen Priorisierung, muss ich sagen, wäre dies nicht ganz zuoberst. Warum? Das Projekt ist sehr aufwendig, wir brauchen aufwendige Kunstbauten, um diesen Radweg zu bauen, es braucht aufwendige Hangsicherungen. Deshalb ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Radwegs, das muss ich ganz ehrlich sagen, nicht optimal. Wir sind jetzt aber mitten drin. Der Kantonsrat hat diesem Projekt schon mal zugestimmt. Jetzt geht es darum, dieses noch fertigzustellen, damit diese Baustelle, wie gesagt, auch einmal fertig wird.

Der Kantonsrat hat einen Objektkredit von 11 Millionen bereits bewilligt, wie gesagt, das Geld reichte nicht, da sich nur ein einziger Anbieter auf die Submission gemeldet hat. Das Angebot war viel teurer als erwartet. Das ist der grösste Mocken der Kostensteigerung. Es ist deshalb nur zu einem Teil umgesetzt. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat hier einen Zusatzkredit zu diesem Projekt. Auch hier, es wird nicht nur ein neuer Radweg gebaut, es ist natürlich auch noch die Strassensanierung, wie bei allen anderen Projekten, parallel ebenfalls umgesetzt. Ich bitte Sie, diesem Zusatzkredit von 7 Millionen Franken zuzustimmen. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Der Mehrheitsantrag wird dem Minderheitsantrag gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Mehrheitsantrag zuzustimmen.** Somit wird auf die Vorlage 5922a eingetreten.

*Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I.*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* *Ratspräsident Jürg Sulser:* Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgangsbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst, mit 122 Stimmen römisch I der Vorlage 5922a zuzustimmen.** Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

*II., III.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

**12. Verschiedenes***Verabschiedung**Verabschiedung von Stefan Hotz, Redaktor NZZ*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Jetzt hat sich der Saal langsam gefüllt. Wir kommen nun, wie vorhin angekündigt, zu einer Verabschiedung, die Verabschiedung von Stefan Hotz, NZZ-Journalist. Ich möchte Stefan Hotz bitten, zu mir zu kommen. (*Der Angesprochene stellt sich neben das Ratspräsidium.*)



Jetzt wissen Sie auch, wie er aussieht. Ich hoffe, das wissen jetzt alle. Der NZZ-Journalist Stefan Hotz sitzt heute zum letzten Mal auf der kantonsrätlichen Medienbank, bevor er per Anfang Februar in Pension geht. Stefan Hotz hat ziemlich genau 40 Jahre lang das politische und gesellschaftliche Geschehen im Kanton Zürich beobachtet und in andere Landesteile getragen. Er gehörte anfänglich zu der heute sehr selten gewordenen Spezies der freien Journalisten, das heisst, er war kein Mitglied einer Redaktion, sondern belieferte als selbstständiger Journalist mehrere Blätter; er arbeitete dazu im legendären Zürcher Medienbüro «Presseladen», wo auch die heutige AL-Kantonsrätin Judith Stofer zu seinen Kolleginnen gehörte.

Ab 1988 war Stefan Hotz Zürich-Korrespondent unter anderem für die Basler Zeitung, die Berner Zeitung, die Luzerner Neuesten Nachrichten und die Schaffhauser Nachrichten und gehörte zu den allerersten Autoren von «20 Minuten». Seit 2007 schreibt Stefan Hotz unter dem Kürzel «sho» für die NZZ über das politische Geschehen im Kanton Zürich und damit auch über den Zürcher Kantonsrat.

Dass er im Rahmen einer Sitzung zu Bauthemen verabschiedet wird, ist kein Zufall. Stefan Hotz ist seinen Fachgebieten bis heute treu geblieben. Dazu zählen Raumplanung, öffentlicher Verkehr, Bauen, Wohnen, Medien und Energie. Über die Jahre hat er ein Fachwissen angehäuft, um das ihn Journalisten wie Milizpolitiker beneiden.

Herr Hotz, ich danke Ihnen für die kundige und kritische Begleitung unserer Arbeit. Ich übergebe Ihnen hier gerne eine kleine Erinnerung an den Rat und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft. (*Applaus. Der Ratspräsident übereicht Stefan Hotz ein Geschenk des Kantonsrates.*)

### *Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

– **Einkommensabhängige Tarifstruktur für den Zürcher Verkehrsverbund**

Motion *Gianna Berger (AL, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf), Manuel Sahli (AL, Winterthur)*

– **Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO!**

Dringliches Postulat *Nicola Siegrist (SP, Zürich), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Manuel Sahli (AL, Winterthur)*

– **Vorsorgeplanung zum Auffang des Kinderspitals**

Postulat *Urs Glättli (GLP, Winterthur), Chantal Galladé (GLP, Winterthur), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa)*

– **Reifenabrieb belastet die Umwelt**

Postulat *Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), Harry Brandenberger (SP, Pfäffikon), Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Manuel Sahli (AL, Winterthur)*

- **Geheime Wahl des Verwaltungsrates EKZ und des Bankrates ZKB**  
Parlamentarische Initiative *Marzena Kopp (Die Mitte, Zürich), Christa Stünzi (GLP, Horgen), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Markus Schaaf (EVP, Zell), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf), Sibylle Marti (SP, Zürich)*
- **Asiatische Hornisse (*Vespa velutina nigrithorax*) im Kanton Zürich**  
Anfrage *Claudia Frei (GLP, Uster), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim), Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf)*
- **Kostenfolge der «Rad- und Para-Cycling-WM 2024», Rad-WM), zu-  
lasten der Allgemeinheit**  
Anfrage *Christoph Marty (SVP, Zürich), Roland Scheck (SVP, Zürich)*
- **Mehr Kinder und Jugendliche im öffentlichen Verkehr**  
Anfrage *Tobias Langenegger (SP, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), Gianna Berger (AL, Zürich)*
- **Schaffung eines feministischen Theologielehrstuhls**  
Anfrage *Hans Egli (EDU, Steinmaur), Roger Cadonau (EDU, Wetzikon), Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf)*
- **Hebammengeleitete Geburtshilfe in Spitälern – Stand der Umsetzung**  
Anfrage *Monika Wicki (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Tobias Mani (EVP, Wädenswil)*
- **Spitalinfrastrukturen für den Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich**  
Anfrage *Roger Schmidinger (SVP, Urdorf), Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Paul von Euw (SVP, Bauma)*
- **Wie viel Geld wird jährlich im Kanton Zürich dank Pensionskassen-  
einkäufen nicht versteuert?**  
Anfrage *Tobias Langenegger (SP, Zürich), Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), Gianna Berger (AL, Zürich)*

### **Rückzug**

- **Medizinstudium: Strukturelle Reform ist überfällig**  
Postulat *Reto Agosti (FDP, Küsnacht), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Jörg Kündig (FDP, Gossau), KR-Nr. 390/2023*

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Zürich, den 27. Januar 2025

Die Protokollführerin:  
Daniela-Graziella Jauch